INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

29. August 1991

Nr. 159

auswärts 2,50 DM

2 DM

Revolution in der Sowjetunion!?
Wars das, wofür AnarchistInnen, die Kronstädter Matrosen, Bauern und Bäuerinnen, Millionen von Gulag-Inhaftierten, TrotzkistInnen oder andere KetzerInnen immer gekämpft haben, der Sturz der stalinistischen Bürokratie? Oder einfach und nüchtern nur eine Machtverschiebung? Der Sieg einer Herrschaftsclique über die andere. Dann war der große "Putsch" im Oktober 1917 aber auch nichts anderes. Eine Machtablösung mit Entwicklungsanspruch. Das "bessere" Konzept setzt sich durch!
Jelzin war nicht allein auf dem Panzer. Vor ihm und in den Gruben im Donez-Becken waren noch andere. Die, die sonst in dem hektischen Machtgerangel der letzten Wochen nicht so richtig registriert wurden. Das Volk, die Klasse, die Ausgebeuteten, Unterdrückten, Werktätige, Soldaten, das Subjekt der Geschichte oder wie auch immer war auf der Straße oder schon in der KP-Zentrale am stöbern, damit nichts anbrennt in dieser heißen Zeit. Sie nutzen die Phase der Verschiebung und bestimmen selber die Aktionen und stellen Jelzin vor vollendeten Tatsachen. Nicht die Marktwirtschaft oder der sogenannte Westen hat sich durchgesetzt, sondern die Leute am Ort des Geschehens.
Die gekippte Statue auf der Titelseite mag ein Symbol für die Selbstaktivität der Militanten sein. Es ist aber noch mehr, mit Dserschinski, dem Tscheka-Gründer, fällt ein Teil der internationalen Arbeiterbewegung oder besser, der erhobene und überwachte Anspruch darauf. Nieder mit den Stalinisten und ihrem Repressionsapparat! Wieviele haben davon geträumt oder zornig herbeigewünscht, und nun fällt dieser korrupte, faule Apparat wie ein morscher Baum. Mit ihm kippt auch der Rest des eh schon angeschlagenen Marxismus-Leninismus, als universelle Erklärungs- und Entwicklungsideologie.
Fight the power! "Unsere" MLerInnen in der Stadt werden aber wahrscheinlich wieder so tun, als wenn nichts gewesen wäre. Und die Köpfe ihrer verehrten Vorfahren werden weiterhin durch die Stadt getragen. Verarmte IgnorantInnen oder opportunistische Parteibonzen - der Verlust des politischen Denkens hat viele Namen, sucht euch selbst das passende aus. - Soweit kurze spröde Gedanken zu einem wahrlich wichtigen historischen Ereignis. Wir erwarten Beiträge und Meinungen über die Geschehnisse.

Kapitalismus und westliche Demokratie in der Sowjetunion!!
Es gibt auch andere Meinungen in der Interim

Was ist, wenn die"Unterdrückten" den armen Jelzin"vor vollendete Tatsachen stellen" und die Zarendenkmäler wiederaufstellen? Wenn sie begeistert in den Fabriken ackern, die dann für westliche Konzerne Profit bringen, statt sich wie bisher für die KPdSU zu langweilen? Die Stalinisten und ihren Repressionsapparat gibt es schon lange nicht mehr. Heute kippt nicht der Rest des schon angeschlagenen Marxismus-Leninismus, sondern dessen verquere Interpretation durch die Herrschenden in der SU, denn wir unterscheiden zwischen einer Theorie und einem Staatsgebilde.

Die Menschen am Ort des Geschehens bestimmen fast nichts selber. Sie wollen Marktwirtschaft und Demokratie wie im tollen Westen, aber sie sind nur Schachfiguren im weltweiten Gerangel der Herrschenden. Je nach Bedarf werden sie benutzt oder fallengelassen (so viele, wie es der Westen gerne hätte, waren übrigens wirklich nciht auf der Straße). Und morgen werden dieselben Schachfiguren oder Helden genauso schuften dürfen oder verhungern oder beides. Nur die mit den härtesten Ellenbogen kriegen ein bißchen vom Reichtum ab.

Das uns zugeschickte Papier "Wir haben einen erwischt - Wir erwischen alle!" ist nicht abgedruckt, da wir uns nicht sicher sind, ob dieses Papier von den eigentlichen Akteurinnen kommt. Da in der Vergangenheit schon öfters feministische Papiere nicht hätten abgedruckt werden soll en und es danach Proteste hagelte, sind wir jetzt vorsichtiger. Also teilt uns bitte mit, ob die Erklärung so veröffentlicht werden soll.

Impressum
Redaktionsanschrift: s. o.
Herausgeberin: Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61
V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhaltsverzeichnis:

S. 3 Bericht vom AOK
S. 5 Volxsport
S. 6 zu den Kämpfen der Roma in NRW
S. 8 Interview mit Franceschini
S.13 Infos zu Euskadi
S.17 AnarchistInnen von Leningrad
S.19 Der Erlkönig lebt
S.28 Volxsport
S.29 Power durch die Mauer (Pinneberg)
S.31 Viva St. Pauli
S.33 Geheimdienstaktivitäten in Bielefeld
S.34 Adalbertstraßenfest

Ordnerliste:

- Materialien zur Situation der Sinti und Roma (Köln
- Interview mit einer SprecherInnenperson der IRA
- Erfahrungsbericht Medien
- 2 Buchbesprechungen vom Antipsychatrieverlag
- Revolutionäres Forum
- §-129a Hausdurchsuchungen in Oldenburg
- AJZ in Bielefeld
- Postkartenbestellung aus Derry
- Soliaktion zu Frankreich

IOC-Exekutivkomitee kommt nach Berlin

"SCHWERER SCHADEN" kündigt sich an ...



Der ehemalige Präsident des Nationalen Olympischen Komittees (NOK) Willi Daume und der Chef der Berliner Olympia Gmbh, Grüttke, sind anläßlich des bevorstehenden Besuchs des IOC-Exekutivkomitees sich zumindest in einem Punkt mal einig:"DEMONSTRATIONEN ZU DIESEM THEMA WÜRDEN DEM ANSEHEN DER STADT SCHWER SCHADEN",ließen Daume und Grüttke fast wortgleich verkünden.
Wir wollen ihnen diesen'Schweren Schaden' gerne verpassen - mit allem Genuß und aller Phantasie ihnen ihre Propagandashow vom 16.-20 9. vermasseln!
Dazu dient als erste Vorbereitung eine Infoveranstaltung, die wir für den

Mittwoch, 11.9. 20 Uhr im EX, Mehringhof

vorbereitet haben.
Themen dieser Veranstaltung sollen sein:

1. Wie ist der Stand der Planungen für die Umstrukturierung Berlins als neue Hauptstadt und welche Umstrukturierungspläne gibts für Olympia 2000?

2. Was können wir von Barcelona 1992, den Maßnahmen der Schweine und dem Widerstand gegen den Olympiawahn lernen?

3. Was lassen sich für Erkenntnisse ziehen aus den Umstrukturierungsplänen für die EXPO 2000 in Hannover?

4. Welche ideologischen, politischen Funktionen erfüllt der Sport in der kapitalistischen und realsozialistischen Leistungsgesellschaft - insbesondere der Profi- und Kommerzsport - und wo liegen die Unterschiede zur Instrumentalisierung des Sports durch den Nazi-Faschismus?

5. Wie können wir die IOC-Bonzen würdig empfangen? Was ist der Stand der Vorbereitungen, um "dem Ansehen der Stadt" - wie einst in Amsterdam - zu neuer Ehre zu verhelfen - auf dem Weg zur NO - OLYMPIC - CITY !!!

Kommt alle und bringt gute Ideen mit! AOK

"Wir wollen zeigen, welche Möglichkeiten Berlin anzubieten hat, und dies mit einem Programm voller Originalität und Pfiffigkeit." (Lutz Grüttke, August 1991)

Berlin trainiert für NOlympics 2000

Am 16. September, im Jahre des Herrn 1991, schwebt in Berlin eine geschlossene Gesellschaft des internationalen Geld- und Hofadels ein. In finsterer Abgeschiedenheit im Grand Hotel an Berlins künftiger erster Luxusmeile werden in den folgenden Tagen das sogenannte Executive Board des IOC und dessen Zulassungskommission tagen. Das ausrichtende deutsche NOK hat für diese Tage 110 Zimmer im First Class Hotel an der Friedrichstraße angemietet.

Die Spitze des IOC-Trosses besteht aus dem IOC-Präsidenten Samaranch sowie 4 Vize-Präsidenten und 7 "einfachen" Mitgliedern, die zusammen das Executive Board bilden. Weitere 13 Spitzenfunktionäre verbringen ihre Zeit in der parallel arbeitenden Zulassungskommission des IOC.

Die erste Möglichkeit originellen Körperkontakts mit den sonst so unerreichbaren eingeölten, duftenden Statutaten (oder so ähnlich), bietet sich JubelberlinerInnen zum Empfang derselben, wobei davon auszugehen ist, daß dem geneigten Publikum aufreizendste Manöver gelingen werden.

Den nächsten Berührungspunkt sehen wir in der Kanalfahrt der olympischen Bewegung in den Abendstunden des 17. September. Wir gehen davon aus, daß die Brücken der NOlympiastadt nolympisch ausgeflaggt werden und die Eingeborenen entlang der Ufer mit Sympathiebekundungen ihrer Freude Ausdruck verleihen werden. Dabei bitten wir inständig um Beachtung des Artenschutzes für die seltenen Exemplare auf dem Wasser, die nicht mit den von uns so geliebten Kanalratten zu verwechseln sind.

Am 18. September lädt das deutsche NOK dann zum nichtöffentlichen Empfang (mit handverlesenem Journalistenpack) in das Pergamon-Museum, um dort mit der geklauten griechischen Kultur zu protzen. Die Idee ist so neu nicht. Dem NSDAP-Innenminister Frick war es 1936 auch schon danach, das IOC in dieser Asservatenkammer des deutschen Imperialismus mit der "Hymne an Apoll" zu unterhalten. 12 Cellisten der Berliner Philharmoniker scheuen die Komplizenschaft nicht. Wir empfehlen: **Hingehen!**
Anschließend lädt das Olympia Büro Berlin 2000 zum großen Fressen ins Wirtshaus "Am Schildhorn" an die Havel. Es liegt an uns, die Schlacht am (nicht nur kalten) Buffet vom Wasser und zu Lande mit einem Trommelfeuer enthusiastischer Mitesserei zu begleiten.

Der Herr Bundespräsident nötigt uns völlig erschöpfte JublerInnen am 19.9. noch einmal, laut Ton von uns zu geben, wenn auch er die 12 Herren der olympischen Spitze, so diese noch können, zu sich bittet ins Schlößchen zum Mittagsmahle. Dieses, den heiteren Namen Bellevue tragend, lädt doch immer wieder zur Besichtigung ein. **Wer noch nicht hat... der komme zu Hauf!**

Wer bis dahin alles verpaßt hat, kann sich glücklich schätzen, daß es auch den etwas farblosen "Regierenden" nach dem Kameralichte gelüstet. Im Roten Rathause wird er den ranghöchsten verbliebenen Olympioniken des Nachmittags ins güldene Büchlein der Stadt sich eintragen lassen.

Ach, beinahe vergaßen wir zu erwähnen, daß auch 120 JournalistInnen, die im Dom-Hotel residieren dürfen, während der hoffentlich glanzvollen Tage uns und die Funktionäre auf Schritt und Tritt begleiten werden.

Und am Abend des ersten Tages der Tagung werden wir es uns nicht nehmen lassen, ein Wort des greisen deutschen NOK-Präsidenten Daume prä-mortem zu erfüllen: Meinte der doch "*...die Gefahr allerdings einer Demonstration von Olympia-Gegnern - das würde keinen guten Eindruck machen!*" **Auf, GenossInnen!** Enttäuscht den ersten Gott des deutschen Olymp nicht, **zeigt euch, tanzet und wirbelt auf den Straßen und Plätzen von NOlympic-City!** In froher Erwartung:

AOK

Wichtig!!! Um genaue Orts- und Zeitangaben der genannten Ereignisse zu erfahren, müßt ihr Euch selbst noch mal drum kümmern. Da kann sich was verschieben - und wie richtig und gut unsere Informationen sind, wollte uns die Festivalleitung leider nicht sagen...

Wir haben heute, in der nacht vom 15.8. auf 16.8. in hd beim neubau des bullenhauptquatiers mit hilfe von seitenschneidern u. glasschneidern die monatelange arbeit der glaserinnen u. elektikerinnen rückgängig gemacht. Der neubau ist nicht irgendeine bullenwache, sondern die größte von bawü Sie soll über 380 Bullen raum bieten, um ihren ganzen scheißapperat auszubauen. In dem festungsähnlichen gebäude befinden sich bunkerartige katakomben, mit schießständen u. dicken panzerwänden u. türen.
Auch dieser neubau ist ein weiterer schritt in richtung festung europa 92 Festung der bullen, bonzen u. banker, die schon jetzt nach "innen" u. "außen" ein apperat aufbaut, der die interessen der herrschenden einmal durchpowern soll. D.h. grenzen dicht nach außen, rigorose abschiebungen u. asylpraktiken, neue, vereinheitlichte ausländergesetze europaweit, italien war ein erstes beispiel , wie diese frage gehand habt werden wird. Aber auch nach innen wird zur großoffensive geblasen, europol, schengenerabkommen u. trevi-konferenz bringen den repressionsapperat auf gleichschritt Neue sicherheitsgesetze, zusammenarbeit der geheimdienste etc. sollen den sich regenden widerstand im keim ersticken. Die mittel reichen von den "normalen" aufstandsbekämpfungstruppen, über hochsicherheitstrakte, folter u. mord, nichts ist den herrschenden zu schmutzig, um es nicht gegen sich entwickelnden radikalen widerstand zu{benutzen.
Aktuell zeigt sich dies auch an der hetze und dem terror gegen die revolutionären politischen gefangenen, nicht nur in der brd , sondern europaweit ziehen justiz u. bürgerl. presse am gleichen strang.
Wir begreifen uns als teil des widerstandes, zwar wird unsere aktion den bau des neubaus nicht stoppen, aber sie ist zumindest ausdruck vorhandenen widerstands u. vielleicht sand im getriebe der herrschenden.

»Rote Zora«: Generalstaatsanwalt ermittelt

Von Christian Althoff

Bielefeld (WB). Bei dem Buch »Die Rote Zora«, das im »Infoladen« des Bielefelder »Arbeiter Jugend-Zentrums« (AJZ) verkauft wird, handelt es sich nach Einschätzung von Terrorismus-Experten um »den seit langem ersten ernsthaften Versuch, die Diskussion um militanten und illegalen Kampf wiederzubeleben«.

Das geht aus einer Einschätzung des Buches durch Bonner Sicherheitskreise hervor, die dem WESTFALEN-BLATT am Freitag bekannt wurde. Terrorismus-Experten kommen in ihrer Bewertung außerdem zum Schluß, das mit dem Buch die Arbeit »einzelner, isoliert vorgehender militanter Gruppen vereinheitlicht werden soll«. Zwar gehörten die Herausgeber offensichtlich nicht der »Roten Zora« an, doch gingen sie mit dieser terroristischen Vereinigung »ideologisch und inhaltlich konform«. Wie berichtet, enthält das 248 Seiten starke Druckwerk, gegen dessen Verfasser, Hersteller und Vertreiber die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf ermittelt, neben Anleitungen zum Bombenbau zahlreiche propagandistische Texte. Über Identität der Verfasser und Verleger ist bislang nichts bekannt.

Im Fall des am Ostermontag ermordeten Treuhand-Präsidenten Detlev Rohwedder hat die Polizei noch keine Spur entdeckt. Allerdings sind Kopieen des Selbstbezichtigungsschreibens neben Bielefeld nun auch in Münster gefunden worden, teilte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft am Freitag mit. Wegen der Verbreitung dieser Schreiben werde ermittelt. **S. 4: Kommentar**

Nach dem Überfall erhält Momper wieder Personenschutz

Von Vermummten niedergeschlagen / Keine Hinweise auf die Täter

Wieder auf dem Posten ist der ehemalige Regierende Bürgermeister und jetzige SPD-Landesvorsitzende Walter Momper. Er war am Sonntag mittag von Unbekannten überfallen und niedergeschlagen worden. „Herrn Momper geht es ausgezeichnet," sagte gestern nachmittag SPD-Sprecher Michael Donnermeyer. Bereits um acht Uhr habe Momper die Sitzung des Landesvorstandes geleitet. „Kanzler Kohl hat auch schon angerufen und gute Besserung gewünscht," berichtete Donnermeyer.

Walter Momper hatte gemeinsam mit seiner Frau Anne die Eröffnungsveranstaltung des Kreuzberger Museums für Stadtentwicklung und Sozialgeschichte in der Adalbertstraße besucht. Schon während der Veranstaltung gab es Tumulte und Eierwürfe.

Die Mompers wollten nach einem kurzem Besuch des Hoffestes gerade nach Hause gehen, als sie plötzlich von Vermummten umringt wurden. Die Angreifer sprühten Walter Momper Reizgas ins Gesicht, und er erhielt einen Schlag auf den Kopf. Die Täter entkamen unerkannt. Der SPD-Landesvorsitzende wurde ins Krankenhaus gebracht. Nachdem die Platzwunde am Kopf genäht war, konnte er aber wieder entlassen werden.

Bisher fehlt jede Spur von den Vermummten. Daß die Täter aus der autonomen Szene stammen, konnte die Polizei bisher nicht bestätigen. Die Personenbeschreibungen seien zu ungenau, um gezielt nach den Angreifern zu suchen, sagte ein Polizeisprecher.

Walter Momper war ohne Body-Guards zur Museumseröffnung erschienen. „Sechs Wochen nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus hatte die Polizei die Bewachung eingestellt," erzählte SPD-Pressesprecher Donnermeyer. Jetzt sei für den Landesvorsitzenden aber wieder Personenschutz angeordnet worden.

Eberhard Diepgen verurteilte noch am Sonntag den Überfall. Er sei „sehr betroffen und empört", zitierte Senatssprecher Flämig den Regierenden Bürgermeister. Wer so vorgehe, verdiene nicht nur die Verachtung der demokratischen Gesellschaft, sondern müsse wie jeder Kriminelle behandelt werden, so Diepgen. ling

DER KAMPF UM BLEIBERECHT DER ROMA IN NRW UND DAS "RE-INTEGRATIONS"-PROGRAMM ALS SPALTUNGSSTRATEGIE



Roma rufen die K[illegible] Hilfe

Nach der Besetzung des Kölner Doms und dem Bettelmarsch durch NRW Anfang 1990, erhielten die Roma zunächst eine Duldung bis auf Weiteres und die Gelegenheit, Anträge zur Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis zu stellen. Regelungen für ein dauerhaftes Bleiberecht sollten erarbeitet werden. Ende 1990 werden diese Zusagen zurückgenommen und ein "freiwilliges Rückführungsprogramm" nach Skopje/Jugoslawien bis zum 30.6.91 entwickelt. "Freiwillig" bedeutet, daß Roma, die nicht daran teilnehmen, sofort abgeschoben werden, die anderen etwas später. Die Caritas übernimmt die Durchführung des sog. "Reintegrationsprogramms" unter dem Namen "Hilfe für die Roma" gegen deren Willen und ohne mit ihnen zu diskutieren.

Das Boot soll geleert werden

Zehntausenden De-facto Flüchtlingen droht die Abschiebung

Das 11 Mio. DM-Programm wird von den über 1000 Menschen im Protestlager vor der Staatskanzlei kompromißlos abgelehnt. Andererseits versprechen sich natürlich einige Roma eine Verbesserung ihrer augenblicklich ausweglosen Lage. Die bewährte SPD-Strategie der Spaltung greift teilweise. Es besteht die Gefahr, daß ähnliche Programme bei "Erfolg" in anderen Bundesländern übernommen werden.

Das "Reintegrationsprogramm" soll ausschließlich die Lebensbedingungen der aus NRW auszuweisenden Roma verbessern. Es entsteht ein "Musterghetto" neben der Shutka, dem eigentlichen Ghetto. Für die ca. 40 000 dort lebenden Roma mit fast 100%iger Arbeitslosigkeit verändert sich nichts. Durch die entstehenden sozialen Ungleichheiten sind Spannungen vorprogrammiert. Außerdem sind Konflikte mit anderen armen Volksgruppen zu erwarten.

„Wer nicht akzeptiert, ist von Abschiebung bedroht"

Schutz gegen zunehmende Verfolgung in Osteuropa verlangt



zuführen, meine Leiche zu begraben, den Teil von mir, der 1983 gestorben ist. Die folgende Periode des Ausstiegs betrifft mich noch sehr stark ... [...]

Als du mit dem bewaffneten Kampf angefangen hast, dachtest du da, daß die Revolution in Italien möglich sei?

Ich war davon überzeugt. Ich dachte, daß unsere Aktion wirklich einen Prozeß von sozialer Revolution auslösen würde. Das war eine Idee à la Che Guevara, die Fokus-Theorie, Mailand war unsere Sierra, unser Dschungel. Das haben wir übrigens selber gesagt. In dieser Hinsicht waren wir sehr religiös. Wir glaubten an die Kraft des Beispiels... »In Italien existieren seit langem revolutionäre Bedingungen sowie eine revolutionäre Klasse. Aber die Führer sind Verräter. Die Kommunistische Partei ist eine Verräterpartei, eine Partei von Feuerwehrleuten«, dieses Schema war damals sehr verbreitet.

Die guten Führer, das wart ihr?

Ja. Aber man mußte das den Massen durch persönliche Opfer beweisen. Wir waren die guten Führer, weil wir bereit waren, unser Leben zu opfern, im Unterschied zu den Führern der KP, die sich ein bürgerliches Leben aufbauten, indem sie ins Parlament gingen. Wir hatten die Theorie des »schwächsten Glieds« aufgegriffen. Wegen der Position Italiens mußte eine Revolution in diesem Land die Revolution in ganz Europa auslösen. Wir waren übrigens in Kontakt mit französischen und deutschen Genossen: in Frankreich mit der *Gauche Prolétarienne*, der *Nouvelle Résistance Populaire* und *Vive la Révolution*. Wir hatten enge Beziehungen mit ihnen bis 1972, bis zur Nogrette-Entführung [Personalchef von Renault]. Diese Entführung war mit der von Macchiarini, dem Leiter Staats-Unternehmens Siemens, koordiniert worden. Wir hatten uns gegenseitig über die beiden Projekte informiert. Wir hatten darüber diskutiert, ohne daß sie uns den Namen ihres Ziels gesagt hätten. Es gab also Beziehungen zu Franzosen und Deutschen über die Möglichkeiten von Fabrikinterventionen. [...]

In deinem Buch fällt auf, daß es eine klare Trennung zwischen der italienischen Gesellschaft und den BR nicht gab, und besonders zwischen der Partei und den BR und der Bewegung und den BR. Von außen wurden die BR als eine sehr geheime Organisation gesehen, abgeschnitten von der übrigen Gesellschaft. Das, was du sagst, entspricht dem nicht.

Ich habe das Buch geschrieben, um dieses Bild der BR, das die Presse aufgebaut hat, zu zerstören oder wenigstens in Frage zu stellen. Ich rede jetzt von der ersten Epoche, bis 1974-75, sogar bis 78. Die Leute von der Autonomia, Negri, Scalzone und die anderen, kannten uns alle. Sie trafen uns auf der Straße, wir verkehrten an denselben Orten. Wir waren Klandestine, aber Klandestine, die mitten unter den Leuten lebten, so wie ich es in meinem Buch beschreibe. Es wäre sehr leicht gewesen, uns festzunehmen, wenn die Macht es gewollt hätte.

Im Buch erzähle ich von der Spaltung zwischen uns und denen, die die Revolution, den bewaffneten Kampf als ultra-klandestine Aktivität sahen, sodaß sie aus der Bewegung verschwanden. Wir entstehen aus dem Bruch mit ihnen. Für uns war grundlegend, daß der bewaffnete Kampf in der Bewegung stattfindet. Für uns war er der »höchste Punkt« der Bewegung, aber blieb in ihrem Innern. Auch wenn wir persönliche Risiken auf uns nahmen und sehr wohl wußten, daß wir uns von einem Moment auf den anderen im Knast wiederfinden konnten, sagten wir: »Wenn ich eine politische Massenarbeit innerhalb der Bewegung mache, wird es hundert Personen geben, die meinen Platz einnehmen können; wenn ich mich in einer Wohnung einschließe, um den Terroristen zu spielen, bleibe ich in der Deckung.« [...] Wir haben uns immer gegen den Terrorismus und für die Massenarbeit entschieden; das war grundlegend, man mußte mitten unter den Leuten leben.

Scalzone und Negri z.B. wußten also nicht unbedingt, daß ihr Brigadisten wart, aber sie kannten eure Positionen.

Genau. [...] Wir hatten permanente Beziehungen zu Negri, Scalzone und all den Genossen der Bewegung. Es gab eine kontinuierliche politische Debatte zwischen uns, über das, was wir tun wollten. [...] Zu Anfang waren wir wirklich sehr wenige – zehn, fünfzehn Personen – und wir machten fast alles. Zu meiner Zeit gab es nur zwei Kolonnen, in Mailand und in Turin. Dazu kamen einige Genossen in Venetien – in Padua und in Mestre – zu denen wir Kontakt hatten. In Genua kannten wir sehr wenig Leute. In Rom gab es die Organisation erst seit 1977. So waren wir bis 1974 nur 18-20 klandestine Militante. Und wir schätzten, daß auf einen Klandestinen zehn Nicht-Klandestine kamen. Auf zwanzig Klandestine kamen also zweihundert Mitglieder legaler Organisationen, die eng mit der klandestinen Organisation verbunden waren. Schließlich gab es ungefähr tausend Sympathisanten, auf die wir zählen konnten.

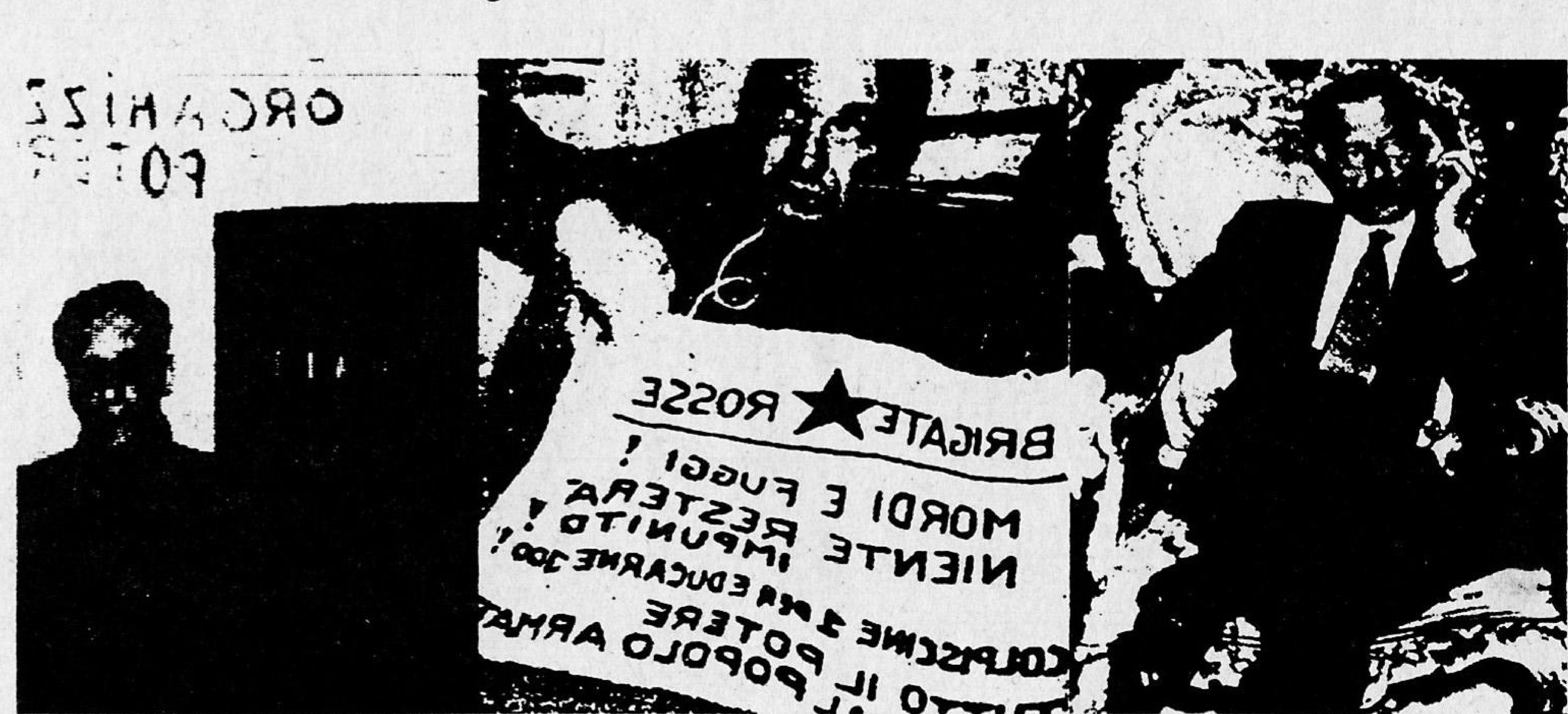
Die große Ausdehnung der Organisation kam mit der Moro-Entführung. Von da an gab es fünfzig Klandestine, tausend legale Genossen und vielleicht zehntausend Sympathisanten. Die Moro-Affäre hatte einen großen Sprung nach vorne ausgelöst. Sie hat all die Gruppen wie *Potere Operaio* in die Krise gestürzt, unter anderem wegen der Brutalität der Repression. Eine ganze Reihe von Genossen im Umkreis dieser Gruppen schlossen sich nun uns an. 1978 bis 1980 gab es schätzungsweise zehntausend Sympathisanten der *Roten Brigaden*, mit denen die Klandestinen in Verbindung waren und die ihnen halfen. Von 1980 an gab es eine neue Krise, und alles hat sich aufgelöst. Die Gründe dafür waren vielfältig. Am spektakulärsten war das Phänomen der *Pentiti* [wörtl. »Reumütige«, so wurden sie vom Staat bezeichnet und bezeichneten sie sich selber]: der »Verräter«, wie wir sagten.

Es gibt ein Geheimnis in diesem Phänomen... Wie erklärst du es dir?

Bis 1980 waren 300 Genossen im Knast. Darunter gab es nicht einen, der mit der Justiz zusammengearbeitet hätte. Alle, die verhaftet wurden, erklärten: »Ich bin ein Kriegsgefangener«, sagten ihren Namen, ihren Vornamen, und da hörte ihre Beziehung zur Justiz auf. Seit 1980 begann ein genau entgegengesetztes Phänomen, das für uns schrecklich war. Hunderte und Aberhunderte von Genossen wurden verhaftet... in einem Jahr waren es 1 500. Und davon wurden 1 200 bis 1 300 zu Verrätern, die mit der Justiz, mit den Carabinieri zusammenarbeiteten und andere verhaften ließen. Dies war das offensichtlichste Phäno-



"Der Chef!" (bzw.: "Der Kopf!" unübersetzbares Wortspiel)



men. Wir haben uns also nach dem Grund dieser Krise gefragt. [...] Meine These war: Wenn wir geschlagen wurden, dann nicht so sehr wegen der Verhaftungen, der gestiegenen Effizienz der Polizei, der *Pentiti*... Sondern weil es bei uns eine grundlegende Krise gibt, die der Reflex der Krise der italienischen Gesellschaft ist. Es gab einen Epochenwechsel von der agro-industriellen Gesellschaft der 60er/70er Jahre zur Gesellschaft, die man postmodern, amerikanisch, New-Yorker, Tertiärgesellschaft genannt hat. Dabei wurden das gesellschaftliche Subjekt und die Verhaltensweisen vollkommen umgewandelt; und auch die Vorstellungen der Leute über eine gesellschaftliche Veränderung haben sich gewandelt. Die revolutionäre Kultur, die wir bis dahin benutzt hatten, der Marxismus usw. das war alles nicht mehr gültig, nicht mehr zu gebrauchen.
Wir haben eine tiefe Krise durchgemacht, wie die ganze Linke. Die KP hat ihre erlebt, auf ihrer Stufe, aber sie war nicht extremistisch... Die Extremisten erleben die Dinge sehr viel schneller. Aber im Grunde genommen haben wir dieselbe Krise durchgemacht wie die italienische KP oder die KPF. Bis zum Ende sind wir Söhne der Partei geblieben. Wenn ich in meinem Buch von »Partisanen« rede, will ich zu verstehen geben, wie sehr wir an die Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung gebunden waren.
Meiner Analyse nach war die italienische Gesellschaft dabei, sich radikal zu verändern. Und wir als Kinder eines Gesellschaftstyps, der dabei war zu verschwinden, waren auch zum Verschwinden verurteilt. Dies bedeutete nicht, daß wir mit dem Willen zur Veränderung Schluß gemacht hätten, daß wir nunmehr in der besten aller möglichen Welten lebten. Das bedeutete, daß wir nicht mehr Akteure der Veränderung waren, daß andere vielleicht unseren Platz einnehmen müßten. [...]

Das Phänomen der »Pentiti« war aus zwei Gründen sehr beeindruckend. Es wurde zu einer Massenbewegung, und es gab den Spruch: Wenn ein »Pentito« zu reden anfängt, hört er nicht mehr auf ...

Ja, ja. Es war, als würden sie ihr Gewissen befreien. Es erinnerte an eine Psychoanalyse. [...] Meine erste Reaktion war: »Wenn ich die kriege, bringe ich sie um.« Aber dann habe ich mir gesagt, daß ich versuchen mußte, das Phänomen zu verstehen. Zunächst habe ich kapiert, daß in einem bestimmten Moment nach 78 – die Moro-Entführung – der Terrorismus der BR bei der Jugend zu einer Mode geworden ist. Negri vertritt ja die Theorie der Bedürfnisse; die Leute tun etwas, um Spaß zu haben, und sobald sie keinen Spaß mehr haben, gehen sie ins andere Lager über. Wir von der ersten Generation hatten eine genau entgegengesetzte Theorie: die des Opfers. Den bewaffneten Kampf aufzunehmen war das letzte auf der Welt, wozu ich Lust hatte. Gewalt anzuwenden, war ein Opfer, das ich brachte. [...] Als ich mit einem der Jüngeren geredet habe, wurde mir klar, daß für sie der bewaffnete Kampf ein Bedürfnis war, so wie ins Kino zu gehen. Sie hatten das Bedürfnis, Gewalt auszuüben. Das war eine völlig andere Herangehensweise [...] Ich habe Leute kennengelernt, die hatten getötet, ohne sich klar zu machen, was sie da taten. Und als sie dann geschnappt wurden, haben sie sich davon distanziert, haben sie ausgepackt, auf die allerselbstverständlichste Art. Das war für sie fast etwas Natürliches. [...] Sie wollten ihre Kraft zur Schau stellen. Und als der Staat, indem er sie schnappte, ihnen bewies, daß er der Stärkere war, gingen sie auf seine Seite über. Sie hatten oft nicht mal Schwierigkeiten, sich mit den Carabinieri zu identifizieren.

Nach 78 haben die Medien uns als Kommunisten dargestellt...

[...] In den 70ern gab es für die Jungen keine Schule mehr, die war von der 68er Bewegung zerstört worden. Es gab die Theorie der garantierten Note [niemand bleibt mehr sitzen]. Du mußtest nicht mehr gegen einen Lehrer kämpfen, der dir auf den Sack ging. Die Eltern ließen die Kinder gewähren. Das war eine Generation, die niemand hatte, dem sie sich hätte widersetzen können. [...] Die Generation nach uns hatte keine Lehrer, keine bösen Lehrer, alles war sehr einfach. Selbst auf der Ebene des Strafsystems; sie machten drei, vier Jahre im Knast ab und kamen dann raus – auch die, die nicht abgeschworen hatten. 1982 traten neue Bestimmungen über die maximale Dauer der U-Haft in Kraft, und viele der Jungen kamen raus, obwohl sie [in erster Instanz] zu 30 Jahren oder Lebenslänglich verurteilt worden waren. [...]

Ziemlich faszinierend an der Geschichte ist, daß der bewaffnete Kampf und speziell die Roten Brigaden größtenteils durch die »Pentiti« geschlagen wurden. Und das Phänomen der »Pentiti« ist großteils den Medien zu verdanken. In einer bestimmten Phase entstand das Bild des Brigadisten, und Jugendliche identifizierten sich damit. Das war es, was die BR getötet hat.

Ja, so ist es. Vor vier Jahren haben wir in Rebibbia (das moderne Gefängnis von Rom) mit Journalisten ein Seminar organisiert über das Verhältnis zwischen Massenmedien und Terrorismus. Wir haben mit ihnen über den Gedanken der zwei Phasen unserer Geschichte diskutiert. Es gab eine erste Phase bis zur Moro-Entführung, in der wir für die Journalisten nie revolutionäre Kommunisten, sondern Banditen und Faschisten waren. Wir wurden genau als das Gegenteil von dem dargestellt, was wir waren. Nach 78 haben die Medien uns dann als Kommunisten dargestellt und uns eine politische Identität zuerkannt, aber die hatten sie selber aufgebaut. Vor 78, als sie sagten, daß wir Faschisten seien, glaubten die Leute das nicht, weil sich das, was wir machten, zu sehr von dem unterschied, was die Faschisten machten. Das Bild, das sie von uns entwarfen, war also ineffektiv. 1978 gab es eine große Debatte über ein Interview von MacLuhan, im *Corriere della Sera* glaube ich, in dem er während der Moro-Entführung erklärt hatte, daß man, um die BR zu bekämpfen, »das Mikrofon abschalten« müßte, das heißt, in den Zeitungen nicht mehr darüber zu reden, das totale Schweigen zu praktizieren: denn die Terroristen lebten nur durch die Propaganda. Wenn Fernsehen und Zeitungen nicht mehr darüber redeten, würden die Terroristen von selbst verschwinden. Diese These wurde getauft »das Baby in der Muttermilch ersäufen«.
MacLuhan war nicht dumm, er hatte dies sicher als Provokation gesagt, um eine Diskussion anzufangen. Nun, man hat sich sehr intelligent dazu entschieden, darüber zu reden, aber in einer bestimmten Weise. Man hat sich entschieden, das Bild des Terroristen zu benutzen und daraus ein spezielles Bild zu konstruieren. Wenn man nicht mehr darüber geredet hätte, hätte man einen Raum freigelassen, den wir hätten besetzen können. Aber indem sie ständig darüber redeten, haben die Medien den ganzen Raum besetzt. Das war Kulturimperialismus im wahren Sinne des Wortes. Die Journalisten lieferten sich einen Wettstreit, wer überzeugender darstellen könne, daß wir Kommunisten seien. Genau so, wie sie vorher bemüht gewesen waren, uns als Faschisten darzustellen. Bald war die Unità, das Organ der KP, ganz allein mit ihrer Propaganda, daß wir Faschisten seien. Alle anderen schrien: »Nein, nein, das sind Kommunisten, das sind eure Kinder.«

Bei den Aktionen dachten wir daran, was die Zeitungen schreiben würden. Unser wirklicher Gesprächspartner war die Zeitung.

Dahinter stecken natürlich politische Spekulationen, aber es stimmt, daß wir die Kinder der KP waren. Sie fingen also an, uns eine politische Identität zuzuerkennen, aber darüber haben sie das Bild aufgebaut, das ihnen paßte. Nun, was ist passiert: Das Kapitel über Moro, das im Buch »Den Kaiser vom Pferd ziehen« heißt, hatte ich »Die historischen Führer« genannt, denn meiner Meinung nach haben wir es seit der Moro-Entführung akzeptiert, von den Medien vermittelte Figuren zu werden, wir haben es akzeptiert, die Rolle der »historischen Führer« zu spielen.
Diese Rolle war einfach zu spielen, denn sie war nahe an der Realität. Wenn sie uns sagten: »Ihr seid Kommunisten, ihr seid Revolutionäre«, dann konnten wir die Rolle des revolutionären Kommunisten spielen. Sie lieferten das Szenario. Und wir fingen an, diese Rolle in den Medien, vor den Gerichten zu

spielen, eine Art von Symbolen zu werden, Fahnen, die man hochhält. Das ist tragisch, aber das war in der Logik des Systems selbst; es war das, was das System von uns erwartete, und genau das haben wir getan. Wir im Knast genauso wie die draußen. Alle sind in ihre Rollen geschlüpft. Bei den Aktionen dachten wir daran, was die Zeitungen schreiben würden. Unser wirklicher Gesprächspartner war die Zeitung. Wir machten wirklich medienvermittelten Terrorismus.

Das war aber von Anfang an so. Ihr habt nach der Sossi-Entführung gesagt: »Es ist uns gelungen, die Mauer der Presse zu durchbrechen«.

Wir hatten immer dieses Problem: »die Mauer der Information niederzureißen«. Und wenn einem das gelingt, ist man von der Information gefangen. Man wird zu Figuren, die ihre Rolle rezitieren. Und die Jugendlichen, welche dieses Bild sehen, haben Lust, ihm zu ähneln. Es ist dasselbe Phänomen wie mit einer Rockgruppe, nur daß es hier, das ist das Tragische, um Leben und Tod geht.

Wir wurden selbst Medienfiguren...
... Faktoren der Vermarktung.

Wir haben zum Schluß des Seminars gesagt: »Der schlimmste Terrorismus ist der, der nach Moro aufkam, der der Morde, der der Pentiti«. Und den entsetzten Journalisten sagten wir: »Das sind die Terroristen, die ihr gewollt habt. Das sind nicht unsere Kinder, das sind eure Kinder. Kommt mit ihnen zurecht!«

Mit euren Avantgarde-Aktionen konntet ihr aber vorhersehen, daß ihr zu Symbolen werdet, oder nicht?

Ich kannte Situationisten aus der 68er Bewegung, z.B. Cesarano, der sich später umgebracht hat. Wir haben eingehend mit ihm geredet, als wir unsere ersten Aktionen gestartet haben. Wir hatten mit ihm ein Diskussionsverhältnis. Nach seinem Selbstmord wurden bei ihm unsere ersten Dokumente gefunden. Er schrieb ein Buch *Apokalypse oder Revolution*, das ich später, 1974, im Knast gelesen habe, wo er uns kritisiert und bereits sagt, daß wir das letzte Spektakel der Medien seien. Er hatte vollkommen Recht, wenn man es danach beurteilt, was dabei herausgekommen ist. Ich habe mich immer an seine Überlegungen erinnert...

Wir wurden bis ins Innere selbst Medienfiguren. Wir wurden bis zum letzten benutzt. Ich weiß nicht, ob es unter uns Infiltrierte gab, Leute von der Polizei, die uns benutzt haben, aber eins ist klar, wir wurden von den Zeitungen benutzt. Nach 78 wurden wir zu einer Variablen des Systems, des Informationssystems und also des politischen Systems. [...]

Was wir nicht kapiert, nicht vorhergesehen hatten: In der Konsumgesellschaft ist die Information die grundlegende Ware. Und der Terrorismus ist von dem Standpunkt aus einer der größten Produzenten von Information, von Ware. Wir waren also Faktoren der Vermarktung. Wenn es uns nicht gegeben hätte, hätte uns das System erfinden müssen. [...]

Es scheint, daß ihr zur Umgestaltung der italienischen Gesellschaft beigetragen habt. Das merkwürdigste in dieser Geschichte der neuen Generation ist, daß ihr wie eine Täuschung funktioniert habt. Ihr habt alles zu euch hingezogen, was die Maschine während der Veränderung der Gesellschaft hätte kratzen können. Und ihr habt als Beispiel gedient.

Das große Unglück war, daß die Arbeiter uns gegenüber ein Verhältnis von Delegierung hatten.

Wir waren eine Art Katalysator, ein Enzym, Beschleuniger der tiefen gesellschaftlichen Prozesse. In zehn Jahren sind in Italien, dank uns, fünfzig Jahre vergangen. Die Gesellschaft ist heute völlig anders, sowohl in den Mentalitäten und Verhaltensweisen wie in der Produktion. [...]

... In Frankreich geht Kritik an den BR meistens in die Richtung zu sagen: »Die BR haben die revolutionäre Bewegung durch ihre stalinistischen Praktiken zerstört.« Wir – und einige andere – antworten, daß die BR existiert haben, weil die soziale Bewegung nicht fähig war, ihre eigene Gewalt durchzusetzen. Ich wüßte gerne deinen Standpunkt über eure Beziehungen zur Arbeiterklasse... Im Buch z.B. sprichst du von diesem Demozug in einer Fabrik, der stehenblieb, nachdem er losgegangen war, um sich einen der Chefs zu greifen... und du erzählst, daß ihr darauf für kurze Zeit diesen Typen entführt habt. Weißt du, wie die Arbeiter auf eure Aktion reagiert haben?

In der Tat haben nicht die *Roten Brigaden* das Ende der Arbeiterbewegung hervorgerufen, sondern das Ende der Arbeiterbewegung ist mit dem Ende der BR zusammengefallen. Wir waren niemals eine Massenbewegung, wir waren etwas Kleines, aber sehr Tiefgehendes im Arbeiterbewußtsein. ...

Das große Unglück war, daß die Arbeiter uns gegenüber ein Verhältnis von Delegierung hatten. Bei FIAT wußten viele Arbeiter sehr gut, welche Kollegen zu den *Roten Brigaden* gehörten. Und sie hüteten sich wohl, sie zu denunzieren. Das hat Giuliano Ferrara bestätigt, der damals Verantwortlicher der KPI für die Mailänder Fabriken war. Statt ihre Kollegen zu denunzieren, sagten sie zu ihnen: »Dieser Chef hat die und die Schweinerei gemacht«. Sie wußten sehr gut, daß die Information zu den Richtigen gelangen und der Chef niedergeknallt wird. Die Haltung der Arbeiter war immer die, die Gewalt an uns zu delegieren. Sie hatten uns als heilige Beschützer. Das waren, wenn du willst, Opportunisten. Sie taten nichts, sie riskierten nichts, sie begnügten sich damit, Beschuldigungen zu verbreiten und für sie reichte das.

Es stimmt, daß die Fabriken zehn Jahre lang unregierbar waren. Hier sagt Agnelli die Wahrheit. Die Chefs bei FIAT waren eingeschüchtert. Die Arbeiter machten, was sie wollten, sie arbeiteten sehr wenig... Die Genossen haben mir erzählt, daß von 72 bis 79 alles gemacht wurde außer arbeiten. Und das unter anderem, weil wir auf die Chefs schossen. Wir waren eine Art Arbeitermafia.

Aber ich glaube nicht, daß wir das Ende der Arbeiterbewegung bewirkt haben; es war umgekehrt. Wir waren, in unserem kleinen Maßstab, ein Element, das der Arbeiterbewegung diente. Nicht der Partei und den Gewerkschaften, sondern den Kämpfen. Wir haben den Kämpfen sehr viel geholfen. Aber wir haben auch eine Reihe schrecklicher Fehler begangen...

Als die *Roten Brigaden* verschwunden waren, haben die Arbeiter nicht gesagt: »Jetzt müssen wir auf die Chefs schießen«, sondern »Oh, wenn die BR noch da wären...« Sie haben ihr Delegationsverhältnis verlängert gegenüber einer Phantomgruppe, einer Institution, die sie hätte verteidigen sollen.

Dann war da der schwere politische Fehler, wie die Moro-Entführung durchgeführt wurde. [..] Die unglaublichste Sache war es, daß Genossen Moro entführen, um der Christdemokratie den Prozeß zu machen. Dies ist eine sehr einfache Interpretation, da doch in Wirklichkeit der wahre Sinn der Entführung war, einen Schlag gegen den *Historischen Kompromiß* zu führen. Dies war der wirkliche politische Sinn. Wenn du die Flugblätter der Genossen von draußen nochmals liest, siehst du, daß ihnen nichts klar geworden ist. Man kann damit einverstanden gewesen sein oder nicht, aber dies war das Ergebnis der Operation. Wir im Knast hatten es plötzlich sehr wohl verstanden. Wenn du die Kommuniqués liest, die wir vor Gericht verlesen haben, wirst du sehen, daß wir folgendes sagten: »Genossen, es geht nicht darum, der Christdemokratie den Prozeß zu machen. Diese Aktion ist objektiv gegen den *Historischen Kompromiß* gerichtet. Ihr müßt eure Karte auszuspielen verstehen.« Aber es scheint, daß sie nichts verstanden hatten. Wenn es mit der Tötung Moros darum ging, dem *Historischen Kompromiß* ein Ende zu machen, wenn dies wirklich das war, was sie wollten, dann mußten sie die Entführung so durchführen, daß sie

Die BR haben existiert, weil die soziale Bewegung nicht fähig war, ihre eigene Gewalt durchzusetzen.

gewisse Dinge erhalten. Stattdessen haben sie ein Projekt zerstört, ohne im Austausch dafür etwas zu kriegen.

Es wurde gesagt, daß die BR von den Feinden des Historischen Kompromisses in der Bourgeoisie manipuliert wurden...

Wenn ich darüber nachdenke, dann ist objektiv gesehen genau das passiert. Moro zu töten, war die schlimmstmögliche Entscheidung. Aber ab einem gewissen Moment war es unmöglich, es nicht zu tun. Wir waren in einer Sackgasse. Als ob man auf uns eingewirkt hätte, direkt oder über die Medien. Das könnte eine rein äußerliche Manipulation gewesen sein... Keine Sache von Spionen...

Es ist wohl so, daß die Polizei den Ort entdeckt hatte, wo Moro gefangengehalten wurde und es laufen ließ...

Das scheint sicher zu sein. Wenn sie gewollt hätten, hätten sie die Aktion stoppen können. Aber sie zogen es vor, sie ablaufen zu lassen und auf die Folgen der Ereignisse einzuwirken. Das hat sich jedesmal abgespielt, aber man kann es nie beweisen... Wir hatten immer das Gefühl, daß sie uns stoppen würden, wenn es ihnen paßte, daß sie uns auch früher hätten stoppen können. Warum haben sie uns also nicht gestoppt? Wir haben es nie verstanden. Die Frage kam mehrmals im Laufe der Moro-Affäre aufs Tapet... Die befragten Carabinieri rechtfertigten sich so: »Wir ließen sie an der langen Leine, um andere Leute zu fangen.« Es ist sehr schwierig, auf juristischer Ebene das Gegenteil zu beweisen.

Im Moro-Prozeß sagten viele Leute, daß es seltsame Sachen in dieser Affäre gab.

[...] Im allgemeinen rechtfertigen sich die Vertreter des Staates hauptsächlich damit, daß sie seine Ineffizienz geltend machten. Sie sagen: »Zur Zeit der Moro-Entführung haben wir viele Fehler gemacht.« [...] Aber ich vermute, daß ihre Ineffizienz Absicht war. Es war in Wirklichkeit eine große Effizienz. Es steckte viel Intelligenz hinter dieser Pseudo--Ineffizienz. Die Polizei und die Carabinieri haben unglaubliche Fehler gemacht... Es ist nicht zu glauben, daß Leute so dumm sind.

Es kommt sogar vor, daß Leute sehr dumm sind...

Aber der Verdacht kommt daher, daß dieselben Leute bei anderen Gelegenheiten sich als sehr intelligent erwiesen haben. Die Moro-Affäre ist sehr kompliziert... Es wird niemals gelingen, die Fäden zu entwirren, den roten Faden zu finden. Meiner Meinung nach – es handelt sich um eine Hypothese, die ich ausgehend von meiner politischen Analyse formuliere – handelte es sich um eine große Affäre, in die der Osten und der Westen verwickelt wurden, die westlichen und östlichen Geheimdienste. Zur Zeit der Entführung gefiel der Historische Kompromiß weder Kissinger noch Breschnew. Es gab also ein Spiel, in dem die einen gewähren ließen, die anderen so taten, als würden sie nicht sehen, wieder andere favorisierten die Hinrichtung. [...]

Ich bin überzeugt, daß eine Entführung wie die von Moro unmöglich durchzuführen war ohne die Zustimmung der Russen. Sie hätten die Operation sicher stoppen können. Ich glaube nicht, daß eine so umfassende Aktion enden kann ohne zumindest das Gewährenlassen der Geheimdienste. Das ist meine Meinung. [...]



Es gibt eine spezielle Erfahrung in der Geschichte des bewaffneten Kampfs in Italien: Nach der Niederlage der Bewegung und der großen Repressionswelle gelang es der *Kolonne Walter Alasia*, die BR-Struktur in Mailand zu reorganisieren. 1980/81 sind sie fast überall organisiert vertreten: im Krankenhaus, in den Klein- und Mittelbetrieben, vor allem aber bei Alfa Romeo, wo sie 1981 ihre bekannteste Aktion durchführen: sie entführen den Generaldirektor für die Arbeitsorganisation und erreichen, daß die Kurzarbeit für mehrere hundert Arbeiter zurückgenommen wird.

In den Jahren darauf werden sie durch massive Verhaftungen zerschlagen. In Italien erschien ein Buch mit den Prozeß-Erklärungen der Genossen. Wir haben es auf Deutsch übersetzt und unter dem Titel: *Walter Alasia - Fabrikguerilla in Mailand* herausgebracht. In ihren Erklärungen rekapitulieren die Genossen ihre eigene Geschichte: aufgewachsen in den Trabantenstädten der Peripherie Mailands, politisiert in den Bewegungen der siebziger Jahre, wurden die 77er Bewegung und ihr Ende für die meisten von ihnen zu einschneidenden Erfahrungen.

Im Anhang die Kritik des historischen Kerns der BR an der Walter Alasia: »bewaffneter Reformismus«.

»Wir waren natürlich klandestin – aber damit meine ich nicht Genossen, die den Bezug zur Legalität abgebrochen hatten, ... mit klandestin meine ich auch die, die wie zum Beispiel ich legal waren, in der Fabrik arbeiteten usw.«

Fabrikguerilla in Mailand 1980/81
8 Mark plus 2 Mark für Versand



Der Vernichtungsfeldzug der spanischen Sozialdemokratie gegen ETA geht weiter:

3 ETA-Mitglieder in Donostia von der Guardia Civil hingerichtet.

In widerlicher Weise haben spanische Besetzertruppen der Guardia Civil (GC) erneut die Aufdeckung eines operativen Kommandos von ETA(m) in Donostia (spanischer Name: San Sebastian) abgekürzt: Statt mögliche Verhaftungen vorzunehmen, wurden die in ihrem Versteck überraschten etarras nach 5-stündiger Belagerung kurzerhand erschossen.
Der Hinrichtung sind 10 Verhaftungen in Donostia und Renteria vorausgegangen. Ab Sonnabend (17.8.) morgens 5 Uhr früh brachen die beamteten Mörder in 22 Wohnungen ein. Möglicherweise hat der Hinweis eines jeder Zeit zur Kollaboration bereiten Aktivbürgers zu dieser Verhaftungswelle geführt (anfängliche offizielle Version), mit der die Bullen nach durchgeführten Folterungen schliesslich bis zur Wohnung der 3 etarras vordringen konnten. Obwohl die Pressebullen zuerst stolz bekanntgaben, das Kommando längst in ihrem Versteck lokalisiertn und den Verhaftungsschlag für Montag geplant zu haben, ist mittlerweile die Wahrheit durchgekommen. Danach hatten die Bullen nicht viel Ahnung von dem Versteck. Vielmehr hatten sie aus den Gefolterten den Namen der Wohnungsinhaberin als eine Komponente des Kommandos Donosti herausgepresst, und diese wollten sie "verhaften". Als sie um 9.15 Uhr an dem Haus angekommen waren, nahmen sie die entsprechende Wohnung mehr als 2 Stunden unter Beschuss, woraufhin sich Maria Eugenia Muñagorri schliesslich verletzt den Bullen auslieferte. Gleichzeitig begannen die 3 etarras in der Wohnung das Lied "Eusko Gudariak", das Lied der baskischen UnhabhängigkeitskämpferInnen, anzustimmen. Dann mussten sie noch 2 weitere Stunden den Beschuss der GC aushalten. Dabei wurden sie auch lauthals von den Bullen beschimpft, wie "euch werden wir die Haut in Streifen vom Körper ziehen", und "singt nur, euch werden wir fertig machen". Die mittlerweile weiträumig abgesperrte Gegend sollte ihnen freies und unbeobachtetes Tun ermöglichen. Durchgesickerten Reportern und Fernsehteams wurden die Filme herausgerissen und Kameras beschlagnehmt und sie vom Feld gewiesen. So unter Ausschluss von Zeugen stürmten die Bullen mit Einsatz von grosskalibriger Munition und Spezial-Granaten die Wohnung. Das Resultat ist bekannt. Minuten danach gab der am Ort anwesende oberste Chef der GC, Lois Roldan, ein Sozialdemokrat !, eine Pressekonferenz. Dabei wusste er immer noch nicht die Namen der Erschossenen, präsentierte der Presse aber stolz gefundenes Material von ETA (Waffen etc.) und lamentierte besorgt darüber, dass ihm 8 Personen durchgebrannt sind. Diese werden ebenso dem legalen Bereich dieses Kommandos zugerechnet wie alle anderen Verhafteten auch. Sie sollen allesamt Ausspähungen, Informationsbeschaffung und Logistik für das Kommando übernommen haben.

Kaum sind diese Ereignisse bekannt geworden, ging es auch schon los. In etlichen Orten wurden die gerade stattfindenden fiestas unterbrochen oder kämpferisch ausgerichtet. In Bilbo öffneten die solidarischen Bars und Buden erst später ihr Geschäft. Abends wurden hier etliche Banken entglast. Viele recht grosse Demos, Konzentrationen und später Barrikaden wurden organisiert. In Donostia z.B. mussten sich die Demonstranten bis in den Morgengrauen gegen die angreifenden Bullenhorden verteidigen. Überhaupt ist eine unglaubliche Härte der Bullen beim Vorgehen gegen DemonstrantInnen aufgefallen.

Die patriotische sozialistische Koordination (KAS) spricht in allen Erklärungen von "einer Strategie, perfekt entworfen zur Liquidierung der baskischen Militanten" und bezieht sich dabei auf vorangegangene ähnliche Hinrichtungen.
1984 endete ein Kommando Donostia ebenfalls mit 2 Toten und einem Verhafteten nachdem die Bullen die entsprechende Wohnung in Hernani einfach in Brand gesteckt hatte.
1989 wurde die Arbeit des Kommandos Araba mit 2 Toten und einem Verhafteten beendet, als die GC den LKW, mit dem sie sich gerade bewegten, an einer Autobahn-Zahlstelle bei Irun von allen Seiten durchlöcherten.
1990 streckte die GC in dem Foz de Irunberri ebenfalls 2 etarras nieder und liess, wahrscheinlich nur aus Unachtsamkeit, den dritten nach Folterungen mit Kopfdurchschuss am Leben (Kommando Navarra).
Im Frühjahr 1991 stürmten die sozialdemokratisch geführte GC eine Wohnung im catalonischen Vic, erschoss 3 und liess einen etarra zum Foltern und Auspressen übrig.
Der aktuellste Fall ist der jetzt in Donostia geschehene. Alles gibt der Einschätzung von KAS und allen baskischen Linken recht, wonach die Strategie der spanischen counterinsurgency festlegt, alle Mitglieder eines Kommandos am Ort umzulegen aber eineN am Leben su lassen. Und zwar immer diejenige Person, von der sie nach Folter weitere Informationen erwarten.

Die gefallenen etarras jedenfalls werden in Euskadi mit der Parole geehrt: HERRIAK EZ DU BARKATUKO
Das Volk wird nicht verzeihen.



Eine subjektive Auswahl von Berichten aus einer linken baskischen Tageszeitung - herausgepickt und übersetzt vom ÜbersetzerInnenkollektiv Nürnberg.

AMEDO UND DOMINGUEZ AUF DER ANKLAGEBANK

Seit Anfang Juni läuft in Bilbo der Prozeß gegen die zwei Polizisten José Amedo und Miguel Dominguez, die angeklagt sind, an der Planung und Ausführung mehrerer Aktionen der GAL ("Antiterroristische Befreiungsgruppen") beteiligt gewesen zu sein, mit denen die baskische Befreiungsbewegung eingeschüchtert und der französische Staat zu einer engeren Zusammenarbeit mit dem spanischen veranlaßt werden sollten.

Von dem Eiertanz, den der spanische Staat vor Beginn des Prozesses veranstaltete, um seine Verantwortung für den GAL-Terror zu verschleiern, haben wir schon berichtet.

Eine öffentliche Anklage existiert in diesem Verfahren praktisch nicht. Alles, was dem Staatsanwalt über die Lippen kommt, ist:"Keine Fragen." Die Ergebnisse der ZeugInnenbefragungen durch die im spanischen Staat mögliche Volksklage aber sind überraschend klar.

Agustín Irastorza erinnerte sich an den Abend des 25.September 1985. Er war Kellner im Hotel Londres in Donostia, und bediente Amedo, Dominguez und vier bereits in Frankreich wegen GAL-Aktionen verurteilte Söldner, die er "ohne jeden Zweifel" auf Fotos wiedererkannte, und erinnert sich so genau an das Datum, weil in derselben Nacht vier baskische Flüchtlinge bei einem Bombenanschlag auf die "Monbar" in Miarritze im französischen Teil des Baskenlands starben.

José Ramón Garmendia Múgica arbeitete damals im Casino Gran Kursaal, und bestätigte ebenfalls, die beiden zusammen mit einem bereits verurteilten GAL-Söldner gesehen zu haben. Wenn die Beiden im Casino aufgetaucht seien, hätten sich die Angestellten zugeflüstert:"Scheiße, es ist was passiert oder wird was passieren."

Die frühere Freundin Amedos Inmaculada Gómez sagte aus, sie habe einmal einen Sprengsatz in Amedos Wohnung gesehen und die beiden Angeklagten hätten ihr gegenüber auch geprahlt, in den GAL zu sein. Als mit wahrscheinlich dieser Bombe Juan Carlos García Goena getötet wurde, habe sie die Verbindung abgebrochen und sich mit ihrer Schwester, die ebenfalls als Zeugin auftrat, beraten. Von einer Anzeige hätten sie aber abgesehen, weil sie Angst gehabt hätten. Beide wären vor dem Prozeß bedroht worden. Inmaculada Gómez' Schwager sei gesagt worden, wenn sie aussagen würden, "knallen wir sie ab."

Ein Journalist mit guten Beziehungen zum Innenministerium bestätigte, was er 1989 in der "tribuna" geschrieben hatte. Es existierte eine genaue Buchführung über die "fondos reservados", die Geheimfonds des Innenministeriums, aus denen die GAL-Aktivitäten finanziert wurden, mit Name, Datum und Verwendungszweck. Er wolle seine Quelle nicht namentlich preisgeben, aber sie habe sich während 10 Jahren niemals als unzuverlässig erwiesen. Mittlerweile gebe es solch eine Buchführung wahrscheinlich nicht mehr, das sei nach seinem Artikel geändert worden.

Ein weiterer Journalist, der George Mendaille interviewt hatte, welcher in Frankreich GAL-Söldner rekrutiert hatte, wurde von der Volksklage befragt, wie er diesen ausfindig gemacht hatte, wo die spanische Regierung doch auf eine Anfrage hin erklärte, sein Aufenthaltsort wäre unbekannt. Dies sei seine leichteste Recherche gewesen, er stände im Telefonbuch. Weitere Fragen, ob er dies den spanischen Behörden angezeigt hätte, wurden vom Richter unter verschiedenen Vorwänden zurückgewiesen.

Auch die Ex-Freundin Dominguez' war als Zeugin geladen. Nur zwei Tage nach ihrer Aussage widerrief sie diese in einem Interview mit "Antena 3 Television". Sie habe nie bestätigt, daß Amedo und Dominguez in den GAL gewesen wären. Was der Inhalt des unten abgebildeten Fotodokuments war, das sie mit dem Regierungsbeamten Francisco Paesa zeigt und unmittelbar vorher aufgenommen wurde, verriet sie nicht.

Seit Anfang Juni sitzen die beiden Polizisten José Amedo und Miguel Dominguez vor dem Obersten Gerichtshof in Madrid auf der Anklagebank. Ihnen wird vorgeworfen, zahlreiche Söldner für von ihnen geplante Aktionen der GAL ("Antiterroristische Befreiungsgruppen") angeworben zu haben.

Während die Staatsanwaltschaft sich ausschließlich um die persönliche Schuld der beiden Angeklagten bemüht, versuchen die Nebenklage der Angehörigen der durch die Terroraktionen Betroffenen und die in Spanien mögliche "Volksklage" auch, die Hintergründe aufzudecken, daß heißt, die Verantwortlichen im spanischen Staatsapparat herauszubekommen.

Hauptbelastungszeugin gegen Amedo und Dominguez ist die Ex-Freundin Amedos Inmaculada Gómez. Ihr gegenüber hatten sie mehrmals mit ihrer GAL-Zugehörigkeit geprahlt, bei Amedo hatte sie das bei GAL-Schreiben verwendete Siegel gesehen und eine Nacht lang hatten sie bei ihr die Bombe deponiert, mit der am nächsten Tag García Goena in seinem Auto getötet wurde.

Nach diesem Mord entschloß sie sich, die Beziehung zu Amedo abzubrechen und alles zu sagen, was sie wußte. Die Verteidigung versuchte, ihre Aussage unglaubwürdig zu machen, indem sie sie fragte, warum sie erst so spät Anzeige erstattete, worauf sie antwortete:"Wo soll ich das denn anzeigen, daß ein Polizist eine Bombe hatte?"

Wie schon bei der vorherigen Aussage des Rechtsanwalts und HB-Mitglieds Txema Montero war die Verteidigungsstrategie klar die, daß es eine Verschwörung zwischen einigen Presseleuten und Montero geben würde, die Frau Gómez unter Druck gesetzt oder bezahlt hätten, diese Aussagen zu machen. Dies wies sie mit Nachdruck zurück. Sie hätte sich erst mit Dominguez' früherer Freundin Blanca Balsategui und einer anderen Freundin beraten, dann hätte sie ihr Wissen dem Journalisten Melchor Miralles mitgeteilt, der ihr empfohlen habe, sich mit dem HB-Anwalt Montero in Verbindung zu setzen. Dieser wiederum hätte ihr nach mehreren Gesprächen doch empfohlen, Anzeige zu erstatten. Unter Druck gesetzt sei sie nur von Amedo worden, als sie ihm mitteilte, daß sie die Beziehung abbrechen würde. Er hätte sie in ihrem Zimmer eingesperrt, sie bedroht, sie solle alles vergessen, wenn sie auspacke, stände Aussage gegen Aussage und viele Polizisten und Richter würden dann ihn unterstützen.

Die Verteidigung stützte sich zur Untermauerung ihrer Komplottthese vor allem auf Dominguez' Ex-Freundin Blanca Balsategui, die aussagte, nach der Trennung von Amedo habe Inmaculada Gómez sie ständig angerufen, sie ganz verrückt gemacht, bis sie schließlich selbst geglaubt habe, die beiden seien in den GAL gewesen. Das habe sie dann auch in den Vorermittlungen ausgesagt, ebenso wie, daß sie ebenfalls das Siegel und die Bombe gesehen habe, was sie jetzt aber verneinen müsse, sie habe alles nur von Inmaculada gehört. Auf Detail- und Nachfragen erinnerte sie sich an nichts, widersprach sich oder leugnete, woraufhin sie durch die Volksklage auf die Folgen einer Falschaussage hingewiesen wurde. Diesen "Einschüchterungsversuch" verbot das Gericht, um nach weiteren zwei Stunden offensichtlichen Widersprüchen selbst so eine Warnung auszusprechen.

Auch bei den Kreuzverhören und Gegenüberstellungen, die durchgeführt wurden, um die Widersprüche ihrer Aussagen einerseits und derjenigen von Montero, des Journalisten Miralles und Immaculada Goméz andererseits zu klären, ging sie nicht einen Millimeter von dieser Linie ab. Zu Gómez sagte sie: "Seit Amedo Dich verlassen hat, hast Du mir auf üble Weise den Kopf verdreht!" und Gómez kommentirte hinterher: "Blanca versucht immer, auf Seiten der Stärkeren zu stehen. Sie glaubt, Amedo und Dominguez wird nichts passieren und sie kommen frei."

Lange Zeit hatte es aus Frankreich und Portugal einfach keine offizielle Antwort gegeben, ob dort einsitzende verurteilte GAL-Söldner zu Zeugenaussagen nach Madrid überstellt werden würden. Gegen Ende der Beweisaufnahme wurde dann eine Anordnung des französischen Justizministers bekannt und zu den Akten genommen, die dies ablehnt. Neben- und Volksklage konnten aber wenigstens durchsetzen, daß die schriftlich vorliegenden Aussagen aus Vorermittlungen als Beweise anerkannt wurden. Zahlreiche Söldner hatten auf Fotos Amedo und Dominguez als die Anwerber für GAL-Aktionen erkannt. So auch Paolo Figueiredo.

Schon beim Grenzübertritt hätte er das sichere Gefühl gehabt, es ginge um eine Aktion, die von der spanischen Polizei gedeckt war. "Es ging darum, einen sehr gefährlichen Spanier zu töten, der vor der Polizei nach Frankreich geflohen war." Dafür sollte er "das kleine Vermögen von 20 Millionen Escudos" bekommen, für eine quasi offizielle Aktion, die ihm vollkommen risikolos erschien. Der erste Versuch sei von ihm und zwei anderen abgebrochen worden, weil "das Objekt" in einer Bar mit mehreren Frauen und Männern zusammenstand. Dafür habe er einen Anschiß bekommen; "Weil Rücksicht auf die Frauen genommen wurde, wir hätten sie auch töten sollen, weil sie genauso gefährlich sind wie die Männer, die wären alle in der ETA."

Darufhin hätten sie am 8.2.86 in der Bar "Batxoki" das Feuer auf 4 Männer, eine Frau und zwei Kinder eröffnet, worauf sie wieder einen Anschiß bekamen, weil es keine Toten gegeben hatte. Fünf Tage später hätten sie dann die Bar "Consolation" angegriffen.

Ebenfalls als Beweisstück zu den Akten genommen wurde das erste Kommuniquee der GAL, das mit den Worten beginnt:"Die Opfer haben beschlossen, zu den Waffen zu greifen." und die GAL-Ziele formuliert. Alle ETA-Mitglieder, ihre Familienangehörigen und Freunde "werden exekutiert", dann kommen Politiker aller baskischen Parteien, und die lange Reihe der weiteren Ziele endet mit "allen Kiosken, wo die Tageszeitung egin verkauft wird." Gefordert wird die Anerkennung der Einheit Spaniens und die Ablehnung jeglicher Verhandlungen ETA/Staat.

Sämtliche Klageparteien erhöhten in ihren Plädoyers ihre ursprünglichen Strafanträge. Auch die Staatsanwaltschaft, obwohl sie in den Anklagepunkten Mord an García Goena mangels Beweisen (wegen der sich widersprechenden Aussagen von Inmaculada Gómez und Blanca Balsategui) und "Mißbrauch öffentlicher Gelder" auf Freispruch plädierte, was bei den ZuhörerInnen starken Protest auslöste. Die Verteidigung wird später plädieren: Die Urteilssprüche werden noch etwas dauern.

LANDESWEITE KAMPAGNE GEGEN DIE POLITISCHEN GEFANGENEN

Am 28.6.91 explodiert im Knast Sevilla-1 während der Besuchszeit eine Paketbombe, die an die Gefängnisdirektion adressiert war und zu deren Urheberschaft sich später ETA bekannt. Dabei sterben vier Menschen, darunter auch BesucherInnen und 30 werden verletzt. Unmittelbar darauf werden alle politischen Gefangenen in den 90 Knästen des spanischen Staates totalisoliert und einer strikten Kontaktsperre unterworfen. Dies geschieht angeblich "zu ihrem Schutz", es hätte "Versuche der Lynchjustiz" von Seiten sozialer Gefangener gegeben, in Sevilla seien die politischen Gefangenen "sofort (nach dem Anschlag) freiwillig vom Hofgang in ihre Zellen" gegangen.

Pakete und Zeitungen bekommen sie nicht mehr ausgehändigt, Telefonate werden verboten, schon genehmigte Besuche untersagt - was, wie die Anti-Repressions-Organisation Gestoras pro-amnistia später sagt, kaum zum Schutz vor Lynchjustiz geschieht.

Noch am selben Tag tauchen in einigen Medien der ersten Version widersprechende Meldungen auf, die Gefangenen in Sevilla-1 hätten an diesem Tag auf ihren Hofgang und Besuche verzichtet, was darauf schließen ließe, sie hätten von der Bombe gewußt. In einer Pressekonferenz fordern die Schließer die Isolation aller politischer Gefangener und mehr Hochsicherheitsknäste.

Am nächsten Tag verkündet Regierungschef Gonzalez: "Die spanische Exekutive wird dieses Phänomen mit allen verfügbaren Mitteln beenden."

Am nächsten Tag, dem 1.7., wird die Isolation erneut mit dem "Schutz gegen Repressalien von Seiten sozialer Gefangener" begründet.

Anwalts- und Anwältinnenbesuche bei politischen Gefangenen werden verboten. Bei einer Autokontrolle wird umfangreiches Material der Gestoras beschlagnahmt.



Am 2.7. wird ein Brief "der Gefangenen" von Burgos an die ETA bekannt, in dem es u.a. heißt: "Hört auf mit dem Krieg gegen die Gemeinschaft im Knast, diese marginalisierte Gemeinschaft, die nur ihre Familienangehörigen hat, die Ihr jetzt auch ermordet." - "Für die Regierung mag es schwierig sein, mit Euren Mordkommandos fertig zu werden, für uns Gefangene ist es nicht kompliziert, diejenigen von Euch, die im Knast ... fertigzumachen."

In "Diario 16" wird behauptet, die Rechtsanwältin Arantza Zulueta hätte die baskischen Gefangenen in Sevilla vor dem Anschlag gewarnt.

Auf einer Pressekonferenz teilt der Direktor von Sevilla-1 mit, die Paketkontrolle hätte funktioniert, die Bombe sei entdeckt worden und das Entschärfungskommando sei zum Zeitpunkt der Explosion schon unterwegs gewesen. Die angeblichen Lynchversuche muß er dementieren, er sagt aber, beim Abführen in die Zellen seien sie beschimpft worden. Auf Fragen nach den Kenntnissen der politischen Gefangenen vom bevorstehenden Anschlag meint er, das könne er nicht sicher sagen, es sei aber allgemein bekannt, daß die Anwälte ihnen Weisungen von draußen überbrächten.

Am 3.7. wird bei einer Pressekonferenz des Direktors des Knastes in Burgos bekannt, daß der Brief "der Gefangenen" an ETA von zwei "ganz normalen" Gefangenen verfasst wurde, nach Meinung des Direktors "aber die spontane Reaktion von fast allen Gefangenen, nicht nur hier, sondern auch in anderen Gefängnissen war." Er hätte die Pressekonferenz zur Veröffentlichung des Briefes ermöglicht, "um den Zorn zu kanalisieren" und so Schlimmeres zu verhüten. In Burgos sei der Vollzug seit dem 1.7. wieder normal.

Herri Batasuna warnt vor einer Offensive gegen die politischen Gefangenen und gibt die Einschätzung ab: "Die Gründung von GAL in den Knästen, vor der wir wiederholt gewarnt haben, wird seit Monaten erwogen und jetzt versuchen sie das Attentat von Sevilla zum Anlaß zu nehmen, um den Boden zu bereiten, für ihre ersten Aktionen."

Am 5.7. wendet sich das Kollektiv der AnwältInnen der baskischen politischen Gefangenen gegen die Kampagne gegen die freie Ausübung des Rechts auf Verteidigung und gegen die Versuche, die sozialen gegen die politischen Gefangenen auszuspielen. Wegen der Meldungen, Zulueta hätte die Gefangenen vor der Bombe gewarnt, kündigt es eine Strafanzeige wegen Verleumdung gegen "Diario 16" an.

Am 10.7. faßt das Kollektiv der Angehörigen der baskischen Gefangenen, Flüchtlinge und Deportierten, seine Informationen so zusammen: "Die offizielle Version der Vorkommnisse in Sevilla-1 sollte ein Klima der Feindschaft der sozialen Gefangenen gegen die politischen Gefangenen erzeugen und zur Lynchjustiz aufrufen." Tatsächlich sei das Klima in den Knästen aber normal bis gut, was sie an drei Beispielen erläutern wollten: In Ourense wurde der Direktor bei einer Ansprache anläßlich der Verleihung von Ausbildungsdiplomen ausgepfiffen, als er indirekt zu Handlungen gegen die politischen aufrief. In Basauri wurden bei den Verlegungen nach dem Anschlag Parolen für die politischen gerufen. In Segovia weigerten sich die Gefangenen, ein vorher geplantes Fußballspiel ohne den politischen Gefangenen Iñaki Etxeberria auszutragen. Außerdem erinnerten sie daran, daß die Versuche einer Bildung von GAL im Knast schließlich auch durch soziale Gefangene bekannt gemacht wurden.

Am 12.7. geht ein Brief von sieben Gefangenen an die Gefangenen aus der ETA ein, u.a. von den Beiden mitunterzeichnet, die das mit GAL im Knast offengemacht hatten und jetzt in der "Vereinigung der Gefangenen unter Sonderhaftbedingungen" organisiert sind, in dem es u.a.heißt: "Ihr wißt, daß unsere Gefängnislaufbahn keine gewöhnliche ist." - "Wir sind Leute, die gekämpft haben, für die Verbannung von Folter und Mißhandlung aus den Knästen, für die Respektierung der Würde der Gefangenen, wir haben gezeigt, daß wir Klassenbewußtsein haben. (...) Als Kollektiv, das ständig Repressionen ausgesetzt ist, wissen wir, was los ist, und als Personen, die sich stolz als Kollektiv bezeichnen, sind wir verpflichtet, unsere Zurückweisung der Racheerklärungen öffentlich zu machen, die einige Gefangene im Namen aller in den Medien gemacht haben."



AMEDO Y DOMINGUEZ EN EL BANQUILLO

KURZMELDUNGEN

- Auch die Regierung der USA sprach sich gegen eine Anerkennung der Unabhängigkeit Sloveniens und Kroatiens aus und wies auf die "möglichen tragischen Konsequenzen" hin. Bekanntlich verweigern sie den UreinwohnerInnen, den AmerikanerInnen afrikanischer Herkunft, den Chicanos/as und nicht zuletzt den PuertoricanerInnen das Recht auf Selbstbestimmung.

- Die sog. "Ausrottungsgruppen" ermordeten von Dezember bis Mai dieses Jahres nach Angaben einer Menschenrechtsorganisation in Rio de Janeiro 1230 Menschen. Es ist bekannt, daß sich in den Reihen der Gruppen, die angeheuert werden, um "Delikte zu rächen und Konflikte zu lösen", zahlreiche Polizisten befinden. Einige der Gruppen sind auf Mord an Kindern und Jugendlichen in den Armenvierteln spezialisiert.

- Am 8.7.91 wurde die Firma des Ex-Herri-Batasuna-Stadtrats aus Ziordi José Ignacio Flores Berastegi durch eine Bombe fast vollständig zerstört. Zu dem Anschlag bekannte sich ein "Comando anti-ETA"

- Erneuter Knastaufstand in Herrera de la Mancha: 9 Gefangene nahmen am 10.7. drei Beamte und die Knastpsychologin als Geiseln und forderten das Ende der physischen und psychischen Folter im Knast, Verbesserung der Verpflegung und medizinischen Versorgung u.a. In Alcalá Meco wurde kurz darauf ähnliches versucht. Am nächsten Tag gaben die Aufständischen ohne konkrete Zusagen auf.

- Mehr als 200 Personen unterzeichneten auf der IX. Kontinentalkonferenz der amerikanischen Anwalts- und Anwältinnenvereine, die vom 5. bis zum 9.Juni in der brasilianischen Stadt Porto Alegre stattfand, eine Resolution, die sich gegen die ständige Behinderung der Anwältinnentätigkeit von Francisca Villalba ausspricht, die mehrere GRAPO-Gefangene vertritt. Weiter wird in der Resolution die Wiederzusammenlegung der GRAPO-Gefangenen und die Freilassung derjenigen gefordert, die durch den mehr als einjährigen Hungerstreik bleibende Gesundheitsschäden davongetragen haben.

Nürnberger Nachrichten v.15.7.91:

Bekenneranruf eingegangen

Die baskische Terrororganisation Eta hat sich als Urheber der Sprengstoffanschläge auf spanische Konsulate in München und Düsseldorf bekannt. Bei der als Sprachrohr der Separatisten-Organisation geltenden baskischen Zeitung *Egin* ging in der Nacht zum Samstag ein entsprechender Bekenneranruf ein. Bei den beiden Anschlägen entstanden Sachschäden. Die Eta hatte zuvor Anschläge auf spanische Einrichtungen im Ausland angekündigt. (dpa)

Die AnarchistInnen von Leningrad

Die AnarchistInnen von Leningrad sind nicht schwer zu finden: Auf dem Newski-Prospekt, der Hauptverkehrsader der Stadt, stehen sie regelmäßig, halten ihre vierseitige engbedruckte Zeitung in die Höhe und diskutieren mit den PassantInnen. Ein paar Meter weiter stehen die Monarchisten in schwarzer Uniform, Liberale und Reformkommunisten, alle mit Flugblättern, Zeitungen oder Plakaten. Die AnarchistInnen sind in Leningrad nur ein kleines Häufchen, vielleicht vierzig Leute, die für Demos noch einmal so viele SympathisantInnen mobilisieren können. Sie treffen sich einmal die Woche in einem klassizistischen Pavillon im Park hinter dem russichen Museum. In der Öffentlichkeit treten sie hin und wieder mit kleinen Aktionen in Erscheinung, so am vorletzten 1. Mai, als sie einen schwarzen Sarg mit der Aufschrift: "Die kommunistische Arbeit" durch die Straßen trugen.

In Moskau gibt es gegen 200 AnarchistInnen, in anderen Städten Samara oder Saratov weitere Ortsgruppen, die landesweit über eine Konföderation verbunden sind. In der russischen Republik sind es so rund tausend organisierte Leute. In der Ukraine oder den anderen Unionsrepubliken scheint es allerdings noch keine Gruppen zu geben.

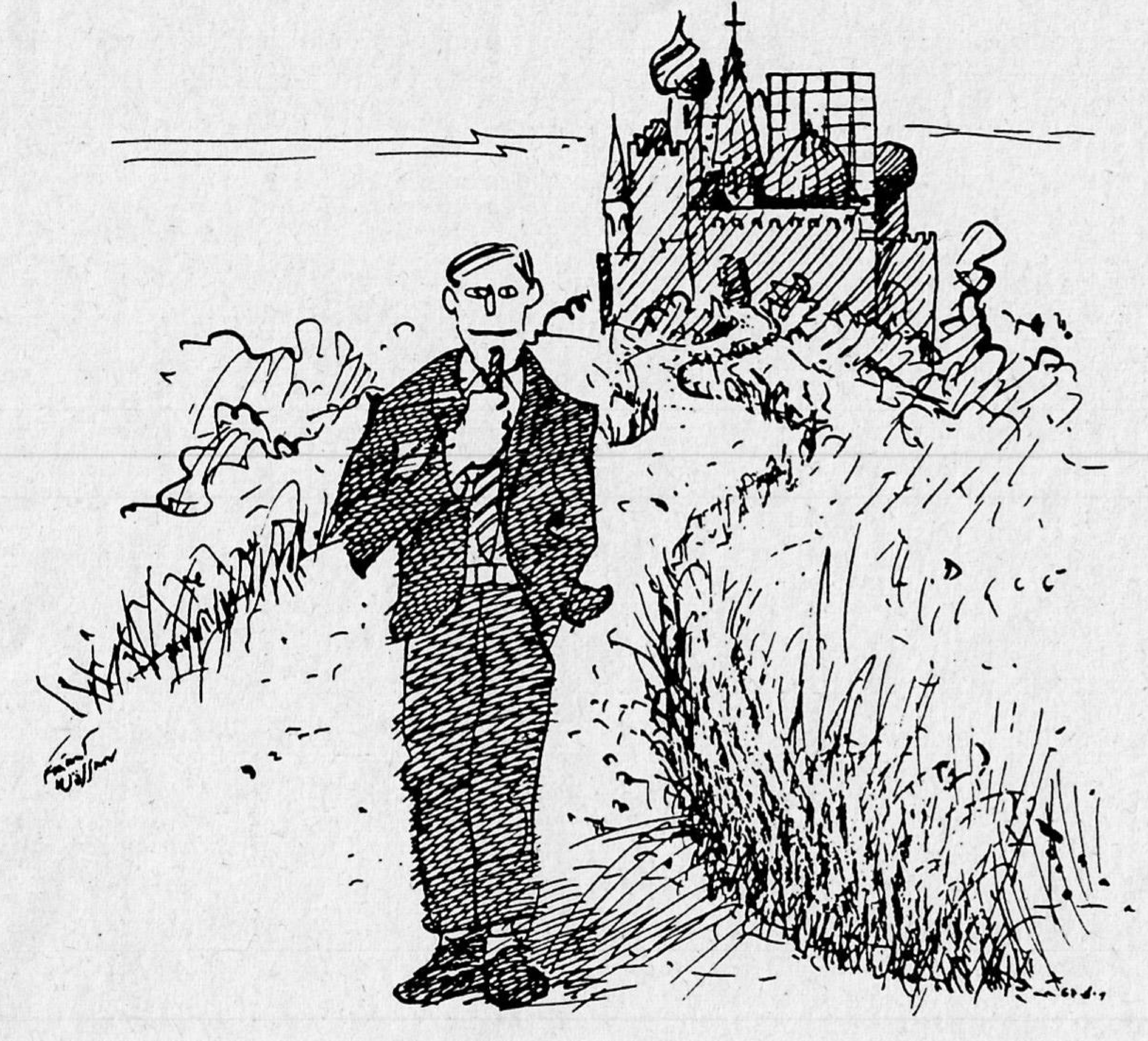
Landesweit kam es 1990 zu einer Trennung der AnarchistInnen von den AnarchosyndikalistInnen. Letztere sind hierarchisch organisiert, streben den Einzug in die Parlamente an und sehen die politsche Organisierung der "Arbeiterklasse" in der Fabrik als Hauptziel. Dagegen lassen die LeningraderInnen mehrere politische Ansätze nebeneinander gelten und betonen ihre Nähe zur Punkkultur und allen Versuchen, neben dem politischen auch das persönliche Leben zu ändern. Das hat sie nicht gehindert, an den landesweiten Spendensammlungen für die streikenden Bergleute teilzunehmen. Die AnarchistInnen arbeiten in einem Bündnis linksorientierter demokratischer Kräfte, das vor allem von dem jüngst gegründeten russischen SozialdemokratInnen dominiert wird. Die Stärke des gemeinsamen Gegners - die stalinistische Parteibürokratie - hat dieses Bündnis herbeigeführt, obgleich durchaus Unterschiede zu sozialdemokratischen Positionen gesehen werden.

Mit ihrer Bündnispolitik hatten wir in den zwei Diskussionen, die wir zu führen Gelegenheit hatten, allerdings auch die größten Probleme: Die AnarchistInnen unterstützen nämlich Boris Jelzin und seine demokratisch-kapitalistische Reform, vor allem deshalb, weil Jelzin im Augenblick die stärkste Gegenkraft gegen die Stalinisten darstellt. Jelzins Programm des "freien Marktes" begrüßen sie, dadurch käme mit dem Auslandskapital auch bessere Technologie ins Land und ihre anarchistischen Ideen von Produktionsgenossenschaften und freien KleineigentümerInnen würden sich eher durchsetzen können. Die Durchsetzung des kapitalistischen Marktes begreifen sie vor allem als eine Befreiung der einzelnen kleinen ProduzentInnen vom Diktat des allmächtigen Staates. Etwas scherzhaft nannten sie einen der ihren sogar "Anarchokapitalist". Allerdings seien sie gegen alle Machtanhäufung, also auch gegen allzu mächtige ausländische Multis.
Ihre politische Arbeit richtet sich gegen Militarismus und ökologische Zerstörung. Im Bezirk Saratov organisierten sie mit Umweltschutzgruppen eine Demo mit 25.000 Menschen gegen ein örtliches Atomkraftwerk, zu der auch örtliche Machthaber aufgerufen hatten. Die AnarchistInnen führten ein mehrtägiges Widerstandcamp durch.

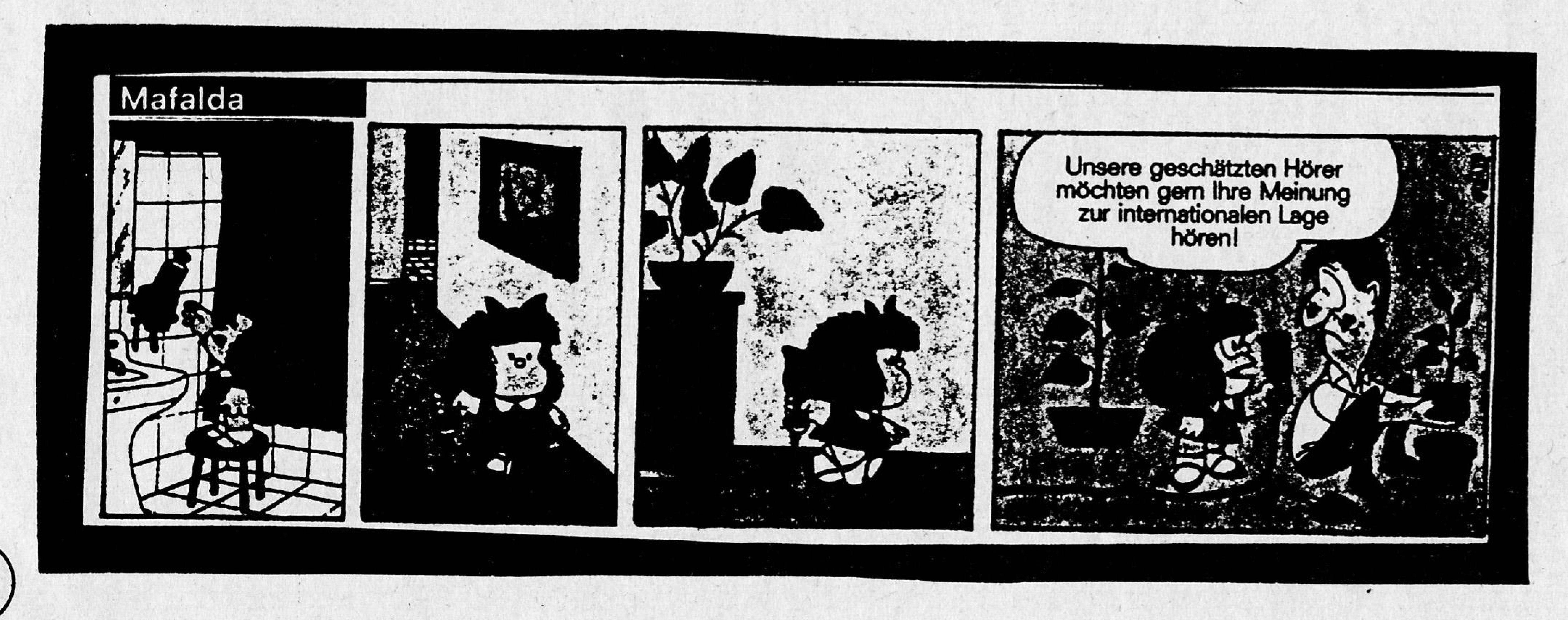
Als langfristige Perspektive schwebt ihnen ein Rußland mit kleinen LandbesitzerInnen vor, die sich untereinander helfen und ohne Zwang lose zusammengeschlossen sind.

Soweit wir das mitbekommen haben sind ganz überwiegend Männer organisiert, die politisch irgendwo zwischen Punk, "Anarchokapitalismus" und anarchistischer Philosophie stehen. Es gibt Verbindungen zu anderen osteuropäischen Gruppen, kaum jedoch in den Westen. Längerfristig wird sich bestimmt über private Kontakte ein Austausch organisieren lassen, wenn es gelingt, die Sprachbarriere zu überwinden. Besonders gemeinsame Diskussionen über die ökonomische Zukunft der realsozialistischen Staaten unter der Fuchtel des deutschen Kapitals versprechen, interessant zu werden.

T. Kornmayer



"Hier in Schtenschrupje ist die Lage immer noch unübersichtlich. Gestern hatte Kalawimpi Brutto, der Kamalsekretär der als frösig geltenden Schrompolenos, beantragt, die Kluminis zu erhöhen, was aber sowohl von den radifahlen Knorschpiepels unter Führung von Folmentase Brot, aber auch von den liberalen Scheißjers und ebenso vom gelben Flügel der Sozuuldemotinten um Brandaranarla Schwenzer-Seybold aufs schärfste abgelehnt wird – für Kenner der hiesigen Verhältnisse allerdings absolut nicht überraschend."



DER ERLKÖNIG LEBT !

Zur Hebung der antizionistischen Verkehrssicherheit bei Nacht und Wind *)

... Kleine Adlerfeder schniefte laut und sagte: "Ein Entdecker gibt niemals auf. Und mit den widrigen Winden werd ich schon fertig". Dann nahm er sein Tagebuch, in das er alle seine Entdeckungen und Erfindungen eintrug, und schrieb etwas hinein.
Jakob der ihm dabei über die Schulter sah, fragte: "Was schreibst du, Kleine Adlerfeder? Ich kann es nicht lesen".
"Ich trage bloß meine neuen Entdeckungen ein. Willst du sie hören?"
Jakob nickte, und Kleine Adlerfeder las ihm vor: "Meine Entdeckung bei dem Versuch, mit Luftballons um die Welt zu reisen:
1. Ein Apfelbaum kann bei einer Weltreise sehr hinderlich sein.
2. Bei Gegenwind ist es schwer, der Menschheit einen Dienst zu erweisen".
Jakob Borg hörte ihm mit großen Augen zu. Er überlegte eine Weile und sagte dann: "Ich fürchte, du hast recht, Kleine Adlerfeder. Bei Gegenwind ist es wirklich schwer".

Christoph Hein, Das Wildpferd unterm Kachelofen

Die politische Diskussion der vergangenen Monate war von einem Thema beherrscht, das nicht neu ist, aber von dauerhaft hoher Brisanz: Die Auseinandersetzung um Antisemitismus, Israel und die Linke, um das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus.
Eine Auseinandersetzung, die - wie wir immer mehr überzeugt sind - von ganz zentraler Bedeutung ist für unser Selbstverständnis als Linke und für die Entwicklung von revolutionärer Politik.

Keine politische Kraft in Deutschland hat darauf verzichtet, ihre Position zum Golfkrieg unter Bezug auf den Nazifaschismus und das Verhältnis zu Israel zu bestimmen. Nachdem die jahrelangen Rüstungsgeschäfte mit dem Irak eine kriegsbedingte Unterbrechung erleiden mußten, packte die deutsche Rüstungsindustrie plötzlich das schlechte Gewissen für ihre vor wenigen Jahrzehnten begangenen Verbrechen: zum Ausgleich (fürs schlechte Gewissen - und auch, wie günstig, den irakischen Geschäftsausfall!) wollten sie möglichst schnell möglichst viele Waffen nach Israel liefern. Die bürgerlichen Parteien entdeckten einmütig, daß das nach zwei von Deutschland ausgegangenen Weltkriegen verhängte Verbot für internationale Militäreinsätze hinderlich sei, die Verantwortung gegenüber den Opfern des letzten Krieges nun so richtig auszuleben.
Flankiert wurden diese Erleuchtungen von geläuterten Ex-Linken, die unter Aufwendung einiger intellektueller Mühen die Wiederauferstehung des faschistischen Dämons der eigenen Vergangenheit im aktuellen Feind aus dem Orient erkannten - wodurch das Abschlachten des Iraks zur einen Klappe für zwei Fliegen werden sollte: die aktuelle Durchsetzung derselben alten imperialistischen Herrschaftsinteressen, ihre moralische Rechtfertigung, und die endgültige Erledigung der eigenen alten Schuld durch ihre Projektion auf die neuen Opfer. Währenddessen hat jener Teil der Linken, der seit einiger Zeit in dem Zwiespalt steckt, sich im System einzurichten und doch den kritischen Anspruch nicht aufgeben zu wollen, den wirklichen Antisemitismus gerade dort entdeckt, wo das eigene schlechte Gewissen immer noch zwackt: bei der radikalen Linken.

Die spezielle freiburger Variante dieser Entwicklung haben wir erst vor kurzem kennengelernt, als wir eine Broschüre mit dem Titel: "Radio Dreyeckland: Antikapitalistisch, antiimperialistisch, antisexistisch - jetzt auch antisemitisch?" (wir werden sie im Folgenden fahrlässig verkürzt, aber der Einfachheit halber als 'isf-Broschüre' bezeichnen) zugeschickt bekamen, zusammen mit einer "Textsammlung/ Dokumentation" unter dem Titel "Antizionismus = Antisemitismus?", in der verschiedene Texte und Beiträge nachzulesen sind, auf die sich die Auseinandersetzung bezieht.
Soweit wir diesen beiden Broschüren entnehmen können, geht es um folgendes: Im März 91 hat RDL mehrer Diskussionssendungen zur Rolle Israels im Golfkrieg und zum Verhältnis der Linken gegenüber Israel ausgestrahlt. In der ersten Sendung trat ein freiburger Physikprofessor namens Helmut Spehl als "Historiker" und "Israel-Experte" auf, dessen Israel-Kritik sich als offen antisemitisch erwies. Die Vorgeschichte seiner Einladung besteht darin, daß die Freiburger Nahost-Gruppe in der Fußnote eines Flugblattes von '88 ein Buch dieses Helmut Spehl als Quellenhinweis genannt hatte. Dieser Hinweis ist ohne Kenntnis des Buches selbst aus einem '83 erschienen Text von Mario Offenberg, einem antizionistischen Juden, übernommem worden, in dessen Beitrag "Überlegungen zu Politik und Geschichte des Antisemitismus in Deutschland" einige Sätze aus Spehls Buch zitiert werden.
Das Auftauchen eines Antisemiten in der linken Auseinandersetzung mit Israel hat natürlich zu heftigen Diskussionen geführt, in denen die Frage nach dem Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus eine sehr häßliche Dringlichkeit erlangt hat. Als Konsequenz aus diesem Vorfall wurde ein Forderungskatalog aufgestellt, der beispielsweise die Anerkennung eines Existenzrechts für Israel als Grundlage linker Politik einklagt. Darüberhinaus wird in der isf-Broschüre der Vorwurf erhoben, Antizionismus sei nichts als verkappter linker Antisemitismus und die gesamte radikale Linke sei strukturel antisemitisch.
Obwohl wir mit diesen beiden Broschüren sicher nur einen Teil der freiburger Diskussion kennen, möchten wir einige Überlegungen beitragen. Denn wir denken, daß diese Auseinandersetzung nicht ein besonderes freiburger Problem betrifft, sondern eines, das allgemeine Bedeutung hat - für die antizionistische Palästina-Solidarität und für die Weiterentwicklung revolutionärer Politik überhaupt.

I

Auf die grundsätzlichen Attacken gegen die Linke, wie sie von dem Zusammenschluß um isf vorgetragen werden, auf den pauschalisierten Antisemitismusvorwurf gegenüber jeder Kritik an Israel wollen wir nicht ausführlicher eingehen als unbedingt nötig. Das Ziel diese Angriffe scheint uns mehr im Abschied von der Linken als in dem Bedürfnis nach Beseitigung der fortbestehenden gesellschaftlichen Ursachen des Antisemitismus zu liegen. Wir halten es für wichtiger, uns mit der eigenen Politik zu befassen, mit der Politik der radikalen und revolutionären Linken, mit der Palästina-Solidarität und mit dem in diesen Reihen entstandenen Anlaß für die neuerlichen Antisemitismusvorwürfe an die Linke.

*) siehe Anhang

Im Januar '91 haben wir in unserem Beitrag "Die Definition der Freiheit ist die Theorie der Geschichte und Umgekehrt" geschrieben:

> Allerdings müssen wir festhalten, daß in der Palästina-Solidarität wie in der revolutionären und antiimperialistischen Linken insgesamt die genaue Auseinandersetzung mit Antisemitismus nur sehr am Rande geführt wird und der damit verbundenen spezifischen Verantwortung nicht gerecht wird. Je intensiver wir uns damit beschäftigen, desto mehr sind wir davon überzeugt, daß diese Fragen für die Konstituierung von revolutionärer Politik von herausragender Bedeutung sind. Dieser "blinde Fleck" ist aber nicht nur grundsätzlicher Mangel, er hat darüberhinaus auch zu schlimmen Fehlern geführt - Fehler, die nie hätten passieren dürfen.

Die Einladung des Antisemiten Spehl zu einer Diskussion um das Verhältnis der Linken zu Israel war ein Fehler, der nie hätte passieren dürfen. Das muß gleich zu Anfang klar und deutlich gesagt werden. Und wir halten eine entsprechend uneingeschränkte und schonungslose Selbstkritik der freiburger Genossinnen und Genossen für unbedingt notwendig. Zwar ist in der Textsammlung das Manuskript einer RDL Sendung vom 15.5.91 abgedruckt, aber die Art, wie die Entstehungsgeschichte der Einladung, das Vertrauen auf Quellenverweise in unverdächtigen Texten ausführlich dargelegt wird, wird den Beigeschmack des Entschuldigung-Suchens nicht los. Solche Zögerlichkeit ist der Erarbeitung einer klaren und unmißverständlichen revolutionären Position nicht dienlich, im Gegenteil. Denn leider setzen sich die Fehler sogar in diesem selbstkritischen Beitrag noch fort. In Bezug auf Spehls Auslassungen zb. über die "jüdische Schnorrmaschine" wird dort richtig festgestellt:

> Solche Äusserungen entsprechen klar antisemitischem Clichés.

Der direkt anschliessende Satz aber heisst:

> Spehl verschleiert in dem Text nicht nur die tatsächliche Entwicklung zionistischer Theorie und Praxis - er verpackt notwendige antizionistische Kritik mit reaktionären Zuordnungen.

Verzeiht uns die Grobheit unter Genossinnen und Genossen, aber das ist wirklich gefährlicher Schwachsinn, den wir eigentlich in Texten wie denen der isf-Broschüre erwartet hätten.
Antizionismus, dh. linke Kritik an der Herrschaftsideologie des israelischen Siedlerkolonialismus ist das fundamentale Gegenteil von antisemitischen Klischees und antisemitischen Denkstrukturen, oder es ist tatsächlich verkappter Antisemitismus. Wenn etwas durch reaktionäre Zuordnungen" einen rassistischen oder antisemitischen Charakter bekommen kann, dann muß dieser schon vorher angelegt gewesen sein. Keine berechtigte dh. linke Kritik kann durch irgendwelche "Zuordnungen" in ihr Gegenteil verkehrt werden.
Wer also die Position vertritt, daß Antizionismus gerade kein verkappter Antisemitismus ist, der/dem darf ein solcher Fehler, zumal in einer eben auf diese Frage bezogenen Selbstkritik, einfach nicht passieren. Diese wirklich schlimmen Fehler und vor allem ihre hartnäckige Wiederholung machen solidarische Kritik in aller Schärfe Notwendig und sie zeigen die unverzichtbare Bedeutung von ständiger selbstkritischer Reflexion.

Fehler die passiert sind, sind nicht wegzumachen. Sie lassen sich nur durch uneingeschränkte Selbstkritik und schonungsloses Suchen nach den Ursachen überwinden. Fehler lassen sich niemals völlig vermeiden, in diesem Sinn sind sie sogar ein grundlegendes Element der Weiterentwicklung aller Praxis, also auch und erst recht von revolutionärer Politik. Aber sie sind es nur dann, wenn wir sie als Anlaß zum Lernen, zur Beseitigung ihrer Ursachen, zur Überwindung der Schwächen und zur Weiterentwicklung nehmen.

Die Geschehnisse zeigen, daß hier ein ganz wesentliches Feld mit sehr viel Arbeit für die gesamte Linke liegt: Es fehlt die ernsthafte Auseinandersetzung mit Antisemitismus, die Kenntnis seiner vielfältigen geschichtlichen Wurzeln, seiner inneren Struktur. Dem müssen wir uns in aller Offenheit stellen, so schwer das auch fällt angesichts der Angriffe der Herrschenden, zu denen nur auch noch die politisch gezielten Angriffe der etablierten Linken hinzukommen. Die Wirkung, die sie derzeit erreichen, können wir diesen Angriffen aber nur nehmen, wenn wir uns den eigenen Schwächen offen stellen und an ihrer Überwindung arbeiten. Demgegenüber würde der Versuch, zur Rechtfertigung auf vereinzelte Arbeiten zum Antisemitismus aus dem linksradikalen Spektrum zu verweisen, uns nur den Boden entziehen, den wir uns so dringend erobern müssen.

II

Um deutlicher zu machen, was wir damit meinen, wollen wir kurz auf die Entwicklung unserer eigenen Arbeit auf diese Fragen eingehen.
Ende '89, während wir alle, die gesamte Linke hier von der Entwicklung in der DDR und dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten überrollt wurden, zeichnete sich durch die Veränderung in der Sowjetunion eine Entwicklung ab, die zu einer existentiellen Gefahr für die Intifada zu werden drohte: (und mit deren Hilfe das israelische Regime seither massiv die endgültige Annexion der '67 besetzten Gebiete vorantreibt) die massive Einwanderung sowjetischer Jüdinnen und Juden nach Israel.
Das Ausmaß und die Bedeutung dieser Entwicklung wurde zunächst nur von einzelnen Genossinnen und Genossen erkannt, die sich bemühten, die Bedrohung für die PalästinenserInnen, die sich aus der riesigen Einwanderungswelle ergiebt, ins Bewußtsein zu rücken. Dadurch aber, daß sie die Darstellung zunächst auf das zionistische Interesse an massenhafter Einwanderung beschränkten, entstand eine Tendenz, die jüdischen EmigrantInnen aus der Sowjetunion nur in der Funktion wahrzunehmen, die das israelische Regime ihnen zugedacht hat: als potentielle Siedler und Söldner. Um der Gefahr zu begegnen, daß die sowjetischen EmigrantInnen so als das eigentliche Übel erscheinen, das bekämpft werden müsse, haben wir für den im März '90 stattfindenden Palästina-Kongreß in Hamburg einen "Beitrag zur Auseinandersetzung um die zionistische Einwanderungspolitik" geschrieben. Dort haben wir versucht, sowohl den wachsenden Antisemitismus als Ursache der Auswanderung anzusprechen als auch die Tatsache, daß diese vor einer massiven Bedrohung fliehenden Menschen durch das Zusammenspiel imperialistischer Interessen zur Manövriermasse für die Durchsetzung der zionistischen Ziele gemacht werden; und wir haben versucht, vor diesem Hintergrund mögliche Ansatzpunkte für politische Initiativen anzureissen. Auch dieser Beitrag war also aus Widersprüchen, aus dem Erkennen eigener Mängel und Unzulänglichkeiten entstanden. In der anschliessenden Diskussion haben wir wiederum Fehler und Mängel dieses Beitrags erkannt. Da sie unserer Meinung nach ein allgemeines Problem betreffen, wollen wir sie kurz darstellen und korrigieren - zumal der Beitrag jetzt erneut dokumentiert ist (in der RDL Broschüre). Zur Charakterisierung der zionistischen Einwanderungspolitik hatten wir unter anderem geschrieben:

> ...ein berüchtigtes beispiel ist das zwischen zionistischen organisationen und nazideutschland abgeschlossene ha'avare-abkommen, das vermögenden juden die ausreise und den transfer ihres besitzes ermöglichte. während die mittellose mehrzahl der juden in deutschland ihrem schicksal überlassen blieb, ermöglichten ausgerechnet die zionisten dem deutschen kapital die eroberung eines neuen export-marktes. die von der

weltwirtschaftskrise noch geschwächte wirtschaft nazi-deutschlands profitierte ebenso von dem geschäft wie die zionisten, deren vertreibungspolitik in palästina die so dringend benötigte zufuhr an menschen und kapital erhielt. ausgerechnet die zionisten machten somit einen boykott nazi-deutschlands von vornherein unmöglich.

Zu dieser Passage hat Ingrid Strobl uns damals folgende Kritik geschrieben:

> Das stimmt so nicht. Zum einen war die NS-Wirtschaft nicht gerade geschwächt, und das - im Vergleich - bißchen Geld, das über diesen Deal reingekommen ist, steht in keiner Relation zu den Profiten, die NS-Wirtschaft und-Staat durch die Zwangsarisierung und die Auswanderungs-Zwangsabgaben kassiert haben. Zum anderen hat kein Staat der Welt auch nur im Traum dran gedacht, NS-Deutschland zu boykottieren. Schon gar nicht wegen der Juden! Auf der Konferenz von Evian wurde (NACH Bekanntwerden der Rassen-Gesetze, NACH erfolgter Aristerung, etc.) beschlossen, daß man (d.h. jeder der beteiligten Staaten, europäische wie USA, etc.) nur ein jeweils winziges Kontingent von jüdischen Flüchtlingen aufnimmt - und auch das nur aus Leuten bestehend die GELD hatten. ...
> Die deutsche Juden-Politik hat die andern Staaten nur insofern gestört, als sie Angst hatten, die jüdischen Flüchtlinge könnten in ihre eigenen Länder "strömen". Die Appeasement-Politik war dazu da, den Krieg um jeden Preis zu verhindern, die Nazis konnten in Deutschland, Österreich, der Tschecheslowakei tun, was sie wollten, solange sie nur Frankreich und England in Ruhe liessen.. Die USA fühlten sich ohnehin nicht bedroht (außer, wie gesagt, von den jüdischen Flüchtlingen).
> Wenn man also den Zionisten vorwirft, sie hätten eine Boykott-Politik gegen Deutschland verhindert, sucht man sich die falschen Schuldigen.

Diese Kritik ist richtig. Und bei nüchterner Überlegung hat sie uns erschreckt. Denn auch ohne das konkrete Wissen im Einzelnen müßte doch für jedeN von uns, für jedeN LinkeN klar auf der Hand liegen, daß keiner der imperialistischen Staaten Interesse an einem Boykott des imperialistischen Nazi-Deutschlands wegen dessen faschistischer und rassistischer Politik gehabt haben kann. Woher denn auch. Bedrohlich wurde allenfalls die künftige imperialistische Konkurrenz eines mächtig gewordenen Deutschlands empfunden - und die Reaktion darauf war zunächst "Appeasement", nicht etwa Boykott.

Der beispielhafte Verweis auf das Ha'avare-Abkommen (Transfer-Abkommen) und die Erwähnung eines "Boykotts" in diesem Zusammenhang geistert seit langem durch eine Vielzahl von Beiträgen zu diesem Thema. Unsere Formulierung war das, was sich aus unterschiedlichen Hinweisen, Erwähnungen und Halbinformationen in unseren Köpfen abgelagert hatte, weil es scheinbar so gut in die Argumentation paßte. Diese Kritik hat uns veranlasst, nach der Herkunft und dem tatsächlichen Hintergrund des ominösen 'Boykotts' zu suchen. Das Ergebnis wollen wir kurz schildern, weil es auf ein grundlegendes Problem hinweist und weil die Boykott-Behauptung weiterhin durch die Szene geistert. So auch im Manuskript der RDL-Sendung vom 15.5., wo es auf Seite 8 heisst:

> für diesen Zweck durchbrachen zionistische Organisationen auch den wirtschaftlichen Boykott, den westliche Staaten gegen Nazi-Deutschland verhängt hatten.

Tatsächlich war es so, daß von verschiedenen jüdischen Organisationen außerhalb Deutschlands eine Boykottforderung erhoben wurde. Es ging also um eine politische Protestdemonstration von Juden und Jüdinnen gegen Nazi-Deutschland. Die gesamte Auseinandersetzung darum fand nur innerhalb jüdischer Kreise statt. Die zionistischen Organisationen, die Anfang der 30er Jahre beispielsweise in den USA schon erheblichen Einfluß gegenüber nichtzionistischen Kräften erworben hatten, machten sich die Boykottforderungen nicht zu eigen, wodurch der Boykott nur eine sehr begrenzte politische Propagierung erlangte.
Dies herauszufinden hat uns sehr betroffen gemacht (und "betroffen" ist in diesem Fall das richtige Wort, trotz seines schlechten Beiklangs durch alle möglichen Betroffenheitsmoden). Denn die unbedachten falschen Behauptungen von einem angeblichen Wirtschaftsboykott gegen Nazi-Deutschland sind geeignet, ein völlig falsches Bild der imperialistischen Interessen und der damaligen imperialistischen Konstellationen zu verbreiten. Darüberhinaus aber zeugen sie von einer in ihrer Konsequenz noch weiterreichenden gefährlichen Unsensibilität in unserem Umgang mit antizionistischer Kritik. Denn es ist ein wesentlicher Unterschied, wer den Zionisten die Nichteinhaltung dieses jüdischen Boykotts vorwirft; Ob es Juden/Jüdinnen sind, also die Opfer der antisemitischen Verfolgung, die ihn an jüdische Kräfte richten, von denen sie einzig Hilfe und Unterstützung erwarten konnten - und zwar nicht nur, weil die Zionisten selbst die Vertretung der jüdischen Interessen beanspruchten, sondern vor allem, weil es sonst niemanden gab, von den Nicht-Juden/-Jüdinnen war sowieso keine Hilfe zu erwarten - ob also Juden/Jüdinnen den Vorwurf erheben, die zionistischen Kräfte hätten sie nicht den Möglichkeiten entsprechend unterstützt; oder ob wir uns diesen Vorwurf zu eigen machen. Denn uns steht es nicht an, jüdische Kräfte, ganz unabhängig davon, wie reaktionär und kolonialistisch sie auch gesinnt sein mögen, dafür zu kritisieren, daß sie den Jüdinnen und Juden in Deutschland zuwenig Unterstützung haben zukommen lassen. Dann steht es uns allenfalls an, das Verhältnis der linken Parteienund Organisationen zum Antisemitismus zu untersuchen. Als Linke ist es unsere Aufgabe und Pflicht, die Unterdrückungspolitik Israels zu kritisieren und anzugreifen, aber beim Vorwurf der mangelnden Unterstützung für die jüdischen Opfer des Nazifaschismus können wir nicht einfach die Position der Überlebenden und ihrer Nachkommen einnehmen. Hierbei entsteht schon die Verzerrung, die sich später dann potenziert fortsetzt. So ist auch in dem Text von Mario Offenberg, der als Jude die zionistische Politik kritisiert und auf den sich die ganze freiburger Auseinandersetzung rückbezieht, ganz unmißverständlich zu lesen:

> Während Waren "Made in Germany" in aller Welt, wo Juden lebten, dem Boykott verfielen, waren sie in Palästina frei importierbar und erhältlich. (Unterstreichung bma)

Obwohl auch in der Radiosendung vom 15.5. mehrfach aus diesem Text zitiert wird, ist offenbar nicht aufgefallen, daß Offenberg hier von einem jüdischen Boykott spricht, während in der Sendung von einem Wirtschaftsboykott der imperialistischen Staaten die Rede ist.
Solche Formulierungen sind aber nicht nur falsch, sondern sie ziehen auch weitreichende gefährliche Konsequenzen nach sich. Denn sie konstruieren letztlich einen Gegensatz zwischen den westlichen imperialistischen Staaten auf der einen und dem Nazi-Faschismus auf der andern Seite, der so nie bestanden hat. Zum Einen wird damit der Legitimationsideologie des BRD-Systems Vorschub geleistet, der die engere Anlehnung an die USA als 'Beweis' für den angeblich grundlegenden Wandel nach '45 dient. Während die Interessen und Ziele der westlichen imperialistischen Staaten dadurch als qualitativ anders, als irgendwie "besser" erscheinen, wird zum Andern der Zionismus als dem Nazifaschis-

mus ebenbürtig gekennzeichnet.
Wenn uns solche groben Verzerrungen der historischen Wirklichkeit unterlaufen, wie wir sie durch die Kritik an der zitierten Passage unseres damaligen Beitrages erkennen mußten, müssen wir sie genauer auf ihre Ursachen hin untersuchen. Besonders dann, wenn es wie in diesem Fall keine vereinzelte Ungenauigkeit ist, sondern eine so verbreitete falsche Darstellung, die sich sogar dann noch hält, wenn Texte mit der richtigen Darstellung des Sachverhalts zum vielzitierten Bezugspunkt werden. Diese Frage läßt sich an einer anderen Stelle des RDL-Beitrags vom 15.5. weiterverfolgen. Dort ist der Beitrag der freiburger Nahost-Gruppe von '88 kurz zusammengefasst, der den unheilvollen Fußnotenhinweis auf Spehls Buch enthielt. Der Beitrag widerspricht einer Position, die den Zionismus kurzerhand zur "jüdischen Befreiungsbewegung" erklärt und folglich jede Kritik am Zionismus als antisemitisch beschimpft. Im Manuskript heißt es (S. 2f):

> Dieser Einschätzung wollte der Beitrag der Nahostgruppe entgegnen. Faschismus läßt sich nicht auf Antisemitismus reduzieren - es fehlen die strategischen und ökonomischen Dimensionen des NS-Faschismus. Überdies wird damit über eine "ideologische Verwandtschaft" zwischen Antisemitismus des NS-Faschismus und dem Zionismus hinweggesehen, obwohl diese vorhanden ist. Um diese ideologische Verwandtschaft anzureissen wurden Beispiele genannt:
> -die organisierte Auswanderung jüdischer Menschen nach Palästina, die im Interesse der zionistischen Idee war, aber auch im Interesse faschistischer Bestrebungen vor 1941. Profiteur dieser Auswanderung war der faschistische Staat des Nationalsozialismus. Die zionistischen Führer billigten diese Beziehungen, ja sie boykottierten damit die internationale Isolierung des NS-Faschismus.

Daß von einer solchen internationalen Isolierung des NS-Faschismus gar keine Rede sein kann, daß der Vorwurf, die Zionisten hätten diese durchbrochen, folglich haltlos und unbegründet ist, haben wir ja bereits festgestellt.
In der zitierten Passage wird nun deutlich, wie aus der Übersteigerung des anklagenden Vorwurfs immer weitere Verzerrungen und grobe Fehler entstehen. Diese falsche Behauptung einer von den Zionisten durchbrochenen internationalen Isolierung des Nazi-Faschismus soll nämlich belegen, daß es eine "ideologische Verwandtschaft zwischen Antisemitismus des NS-Faschismus und dem Zionismus" gäbe. Der Antisemitismus des Nazi-Faschismus aber ist die Shoa, ist die Ausrottung, der fabrikmäßig organisierte Massenmord, ist die industrielle Verwertung der Arbeitskraft bis zum Tod in den Kz's mit der anschliessenden industriellen Verwertung der Leichen der Ermordeten, von Goldplomben über Haare bis zu Knochen - um von den Menschenversuchen eines Mengele gar nicht zu reden.
Dazu gibt es keine Entsprechung, und wir als Linke haben als allererste die Pflicht und Schuldigkeit, mit dieser Geschichte richtig, verantwortlich und genau umzugehen.
Die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung der PalästinenserInnen, der rassistische Vertreibungskrieg der zionistischen Armee muß von uns bekämpft werden, wie wir die Pflicht haben, alle Unterdrückungsverhältnisse zu bekämpfen. Aber die zionistische Unterdrückung mit der Shoa gleichzusetzen ist eine unerträgliche Verharmlosung der Naziverbrechen. Eine Verharmlosung, die zu allem Überfluß auch noch den Kräften Vorschub leistet, die jetzt versuchen, die stalinistische Politik der Sowjetunion mit dem Nazifaschismus gleichzusetzen. Auch diese derart grobe und fatale Verzerrung ist durch eine scheinbar kleine Ungenauigkeit zustandegekommen. Die Behauptung lehnt sich an den Text von Mario Offenberg an, der das

> ...weitgehende Einvernehmen zwischen Zionismus und Antisemitismus, bedingt durch die verwandten ideologischen Ausgangspositionen

untersucht. Dabei geht es aber um den Antisemitismus als solchen und keineswegs um die spezifisch nazistische Form, die Shoa. Wie auch im Manuskript der Radiosendung gleich am Anschluß an diese ungeheuerliche Behauptung ganz richtig dargestellt und zitiert wird, unterscheidet Offenberg zwei grundsätzliche Haltungen gegenüber dem Antisemitismus. Eine, die den Antisemitismus als gesellschaftliche Erscheinung begreift und folglich zu der Auffassung kommt:

> Der Kampf gegen die Wurzeln des Antisemitismus und ähnlicher Erscheinungen ist sinnvoll und er muß geführt werden.

Und eine andere, die den Antisemitismus als ewige und unveränderliche menschliche Eigenschaft begreift und eine Lösung folglich nur in der Trennung von Juden/Jüdinnen und den Nichtjuden/-jüdinnen zu sehen vermag. Hier sagt Offenberg, diese Haltung sei charakteristisch

> sowohl für den Antisemitismus wie für den Zionismus. Der Unterschied besteht nur darin, daß der Zionismus die Juden dazu aufruft, selbst die "nichtjüdischen" Völker zu verlassen, während der Antisemitismus einfach dazu auffordert, sie rauszuwerfen.

Diese Darstellung Offenbergs ist ebenso kurz wie treffend. Sie hat aber überhaupt nichts zu tun mit einer angeblichen ideologischen Verwandtschaft von Zionismus und nazifaschistischer Vernichtung Millionen von Jüdinnen und Juden.
Auch hier ist die Verhängnisvolle Ungenauigkeit wieder verwoben mit derselben Unsensibilität, die wir bereits oben erkannt haben. Denn auch wenn es um die Frage von bis heute fortwirkenden strukturellen Kontinuitäten des Nazifaschismus geht, besteht ein sehr großer Unterschied darin, ob diese Frage von den Überlebenden und Nachkommen der Opfer gestellt wird oder von uns. Auch hier können wir uns nicht ohne weiteres einfach die Überlegungen und Positionen linker Juden/Jüdinnen aneignen. Unsere Kritik an Israel begründet sich auf die kolonialistische Siedlerpolitik, auf die rassistische Vertreibung, auf Israels Funktion als imperialistischer Brückenkopf im Trikont. Wenn es aber um strukturelle Kontinuitäten des Nazifaschismus bis heute geht, dann haben wir uns mit dem in der Täter-(-innen) gesellschaft existierenden Rassismus und Antisemitismus auseinanderzusetzen, mit den in unseren eigenen Reihen existierenden patriarchalen, rassistischen, sexistischen Strukturen.

Das nunmehr erkannte Problem der Verzerrung von geschichtlichen Ereignissen, und damit verbunden das richtige Verständnis vom Charakter des Nazifaschismus und dem Zionismus ist deshalb ein so zentraler Punkt in der selbstkritischen Auseinandersetzung, die wir dringend führen müssen, weil genau an dieser Stelle die Fehler passieren, die nicht passieren dürfen.
So auch der Fehler, der zu dem freiburger Eklat geführt hat: Es ist eben diese verzerrte Darstellung, zu deren Nachweis der Bezug auf Spehl hergestellt wird. In diesen Verzerrungen liegt also der Schwachpunkt, wo die notwendige antizionistische Kritik so unscharf wird, daß sie zum Einfallstor für antisemitische Demagogie werden kann.

Mit einem durch die nachträgliche Reflexion geschärften Bewußtsein für die Gefahren springt der antisemitische Charakter der zitierten Spehl-Äusserungen sofort ins Auge. Für die nun in Grundzügen angedeutete historisch korrekte Darstellung der Zusammenhänge sind auch die von Offen-

berg selbst benutzten Spehl-Zitate nicht mehr benutzbar.

Bisher haben wir die Fehler auf ihre Herkunft untersucht und haben zugrundeliegende Schwachstellen in der Argumentation aufgedeckt. Nun müssen wir uns fragen, wie es dazu kommen kann. Wie entstehen diese Schwachstellen, wie kommt es, daß solche historischen Ungenauigkeiten und Verzerrungen sich solange halten können, wie kommt es, daß sie Konsequenzen haben können, die derart weit hinausgehen über Fehler in konkreten Details der Darstellung?

III

Als wir uns diesen Fragen gestellt haben, sind wir auf Sachverhalte gestossen, die zu ganz allgemeinen Mängeln und Schwächen radikaler linker Politik hier gehören, die sich in sehr vielen Bereichen zeigen - so auch in der Auseinandersetzung um Antisemitismus und Antizionismus.
Das erste, was erschreckend ins Auge springt, ist der allgemeine Mangel an geschichtlichem Wissen, die Unkenntnis speziell der Geschichte des Nazifaschismus. Die Auseinandersetzung damit erschöpft sich zumeist in nur oberflächlichen Bezugnahmen auf einzelne bekannte Fakten, während es eine verbreitete Unwissenheit über das Wesen des NS-Systems und dem Faschismus im Allgemeinen gibt.
Zum einen kommt darin natürlich die so oft beklagte Geschichtslosigkeit der Linken zum Ausdruck, die nicht zuletzt auch damit zu tun hat, daß es nach der Zerschlagung und Vernichtung der Arbeiterbewegung durch die Nazis nur noch sehr wenige persönliche Kontinuität in der linken und revolutionären Politik gegeben hat, daß die Bewegung vielfach eine "Jugendbewegung" ist und sich ein Großteil der älteren Generation immer wieder ins System integriert hat.

Zum anderen spielt sicherlich auch der herrschende verlogene Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus eine wichtige Rolle, der Versuch, gerade den Bezug auf den Faschismus zur Legitimation des BRD-Systems zu nutzen. Die ständig wiederkehrenden und in ihrer Verlogenheit ekelerregenden offiziellen Gedenk- und Besinnlichkeitsveranstaltungen, schon der Pflichtdurchlauf in den Schulen, der uns alle so mit der richtigen demokratischen Abscheu vor dem NS-Bösen impfen soll, all das führt zu einer Abwehr gegen die genauere Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Das haben wir jedenfalls bei selbstkritischer Überprüfung bei uns selbst festgestellt: Die tiefergehende Beschäftigung mit der NS-Geschichte erscheint unausgesprochen vielfach als von den Herrschenden besetztes Terrain. Zu diesem falschen Reflex auf das Erkennen der Verlogenheit im Umgang mit der Geschichte kommt noch ein in der Linken selbst wurzelndes Moment hinzu: Die Auffassung des Nazifaschismus ist oftmals gekennzeichnet von einer Entgegensetzung der faschistischenHerrschenden einerseits und dem als Opfer verstandenen "Volk" andererseits. Eine zumindest sehr bequeme Auffassung, die sich bei genauerer Auseinandersetzung mit der historischen Wirklichkeit mit der eben auch im Volk vorhandenen Massenbasis der faschistischen Politik so plump nicht aufrechterhalten läßt.
Es war das verlogene "Wir haben doch nichts gewusst" all der kleinen und weniger kleinen Nazis, der hunderttausenden von MitwisserInnen, MitläuferInnen und MittäterInnen, wogegen sich ursprünglich der Vorwurf der "Kollektivschuld" richtete. Die neuen alten Herrschenden wußten diesen Vorwurf schnell und geschickt zu ihrer eigenen Entlastung, zur Verschleierung der Klassenverhältnisse, zum Verstecken der tatsächlichen Nutzniesser, der personellen wie strukturellen Kontinuität zu verwenden. Wenn wir diese propagandistische Ausbeutung des Begriffs der "Kollektivschuld" bekämpfen, dürfen wir seinen Ursprung nicht vergessen, oder gar mit wegwischen. Um diese Propaganda wirkungsvoll zu bekämpfen, um die Verlogenheit zu durchbrechen und ihren eigentlichen Charakter herausstellen zu können, muß die intensive und genaue Beschäftigung mit der Geschichte und speziell mit der Geschichte des Nationalsozialismus für uns zu den Grundlagen aller politischer Arbeit werden. Das ganze Ausmaß des Mangels und die große Bedeutung davon ist uns erst in der Zeit im Knast wirklich bewußt geworden, in einer Situation, in der wir aus dem linken Alltagstrott und den ständigen Auseinandersetzungen gerissen waren und zwangsläufig mehr Zeit hatten, an Bestimmungen und Grundlagen von radikaler Politik zu überlegen.
Wenn wir hier also solche Forderungen aufstellen und die zentrale Bedeutung der vertieften Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus betonen, dann sind das die Erkenntnisse aus unseren eigenen Fehlern und Mängeln und die Konsequenzen, die wir selber daraus gezogen haben. Die uns aber nicht nur als individuelles Problem von uns dreien erscheinen, sondern als Ausdruck einer allgemeinen Notwendigkeit.
Eine zweite und damit zusammenhängende Ursache dieser Schwächen zeigt sich darin, daß es auch in anderen Bereichen als dem Antizionismus die verbreitete Tendenz gibt, das, was wir bekämpfen, als faschistisch zu etikettieren und unsern Kampf darüber zu begründen. Eine Tendenz, die auch an bestimmten Passagen unserer Prozeßerklärungen von GenossInnen kritisiert wurde. Bei der Auseinandersetzung mit der Kritik wurde uns bewußt, daß diese Tendenzen ein tiefes Unverständnis des Imperialismus ausdrückt. Obwohl wir im Grunde wissen, daß Kapitalismus und Imperialismus die Grundstrukturen sind, um deren Überwindung wir kämpfen müssen, obwohl wir uns deshalb auch als antiimperialistisch bezeichnen, obwohl auf einer bestimmten Ebene ein grundlegender Konsen darüber besteht, daß Faschismus eine bestimmte Erscheinungsform des Kapitalismus ist, eine Gestalt, die die bürgerliche Gesellschaft unter bestimmten historischen Bedingungen mit einer gewissen Notwendigkeit annimmt, obwohl zu den Grundlagen linken Selbstverständnisses das Bewußtsein gehört, daß die BRD auf den kontinuierlich fortbestehenden Grundstrukturen aufbaut, die vor nicht allzu langer Zeit die faschistische Fratze angenommen haben, obwohl wir dies alles wissen, neigen wir alle dazu, das, was wir bekämpfen, als faschistisch zu bezeichnen. Diese Bezeichnung ist dann immer der Versuch, den wahren niederträchtigen Charakter möglichst deutlich und genau auf den Punkt zu bringen, obwohl wir wissen, daß das Wesen dessen, was wir meinen, die kapitalistische und imperialistische Struktur ist. Indem wir so oftmals unbedacht Ursache und Wirkung verwechseln, eine bestimmte historische Erscheinungsform mit dem strukturellen Kern, tragen wir eher dazu bei, die herrschenden Verhältnisse zu verkennen. Das führt immer wieder dazu, daß unsere Politik faktisch darin steckenbleibt, den Herrschenden die Maske vom Gesicht reissen zu wollen in der Hoffnung, die sich dann zeigende faschistische Fratze würde eine Mobilisierung von Protest bewirken - auch wenn wir diese Bestimmung verbal alle ablehnen.
Wider besseres Wissen zieht sich so eine Tendenz durch die Geschichte der radikalen Linken, den Herrschenden die Praxis des mehr oder weniger offenen Ausnahmezustandes vorzuwerfen, anstatt unsere Politik ausgehend davon zu bestimmen, daß der imperialistische Normalzustand die eigentliche Katastrophe ist.
Diese Schwäche hat viel mit der tatsächlichen Undurchsichtigkeit der herrschenden Strukturen zu tun; damit, daß Ausbeutung und Unterdrückung von der Mehrheit scheinbar gar nicht wahrgenommen werden. Aber der alle Bereiche linksradikaler Politik durchziehende Versuch, das zu

durchbrechen mit der Entlarvung des faschistischen Charakters der Herrschenden, mit dem Fingerzeig auf die Bosheit und Niedertracht einzelner Herrschender, die in Wirklichkeit doch nur auswechselbaren Charaktermasken sind, dieser Versuch fällt uns immer wieder auf die Füße. Schon dann, wenn dagegengehalten wird, daß trotz allem wichtige Unterschiede klaffen zwischen der Praxis der heute Herrschenden und dem, was das Spezifische des Nazifaschismus ausgemacht hat.
An diesem Punkt wird die grundlegende Schwäche linksradikaler Politik deutlich: Unsere Bestimmung besteht vor allem in der Negation, in der Abgrenzung von den Herrschenden, der Entlarvung ihrer niederträchtigen Absichten und Praktiken, in der Anti-Bestimmung. Ein Großteil unserer politischen Arbeit beschränkt sich auf die Analyse der Schweineseite, anstatt an dem Inhalt unserer eigenen Vorstellungen, Ziele und Werte zu arbeiten.
So fallen unsere Ansätze oftmals zurück in den Versuch, durch Aufdeckung Empörung hervorzurufen, was immer wieder an dieselben Grenzen stößt und die Mobilisierung durch Vermittlung eigener Zielvorstellungen und Werte, eigener positiv bestimmter Inhalte nie ersetzen kann. Zuletzt setzt sich diese Schwäche in den oftmals zermürbenden und viele Kräfte absorbierenden Auseinandersetzungen innerhalb der Linken fort, wo wir einen großen Teil wichtiger Energien für die Streitereien untereinander, die Bestimmung der eigenen Position durch die Abgrenzung gegen andere anstelle von eigener inhaltlicher Bestimmung suchen. Das Stolpern über diese Lücken hat oft zu dem Versuch geführt, sie durch den Bezug auf die eigenen Bedürfnisse auszufüllen. Aber die Fixierung auf die so in den Mittelpunkt gestellte subjektive Befindlichkeit ist verkürzt, sie kann die Lücke nicht ausfüllen, sondern hat oftmals mehr zur Selbstgettoisierung beigetragen.

Anstatt die Einseitigkeit zu überwinden, die in der reinen Abgrenzung vom System steckt, hat sie sie vielfach verstärkt, indem die Abgrenzung gegen die "Normalos", die "Spießer", die "Metropolenzombis" hinzukam, die Abgrenzung gegen alle, die unsere subjektiven Bedürfnisse momentan nicht teilten.
Allerdings, das feststellen und kritisieren heisst nicht, es schon überwunden zu haben. Wie alle haben auch wir selbst mit diesen Schwächen zu kämpfen und haben natürlich keine einfachen und schnellen Antworten auf die Frage nach der positiven inhaltlichen Bestimmung. Wir wissen nur, daß es dabei nicht vorrangig um das Ausmalen konkreter Utopien, nicht um phantasievolle Gesellschaftsmodelle geht, sondern um die Bestimmung und Formulierung von Zielen, um die Vermittlung von Werten, die uns vom herrschenden System unterscheiden. Die Ausstrahlung, die umwälzende Sprengkraft der revolutionären Bewegung liegt letztendlich in ihrer moralischen Überlegenheit. Unsere Aufgabe ist es nicht nur, die zu erobern, sondern auch, sie umfassend zu vermitteln.
In diese Allgemeinheit formuliert sind dies nur Fragen, keine Antworten. Aber wir denken, das offene Aussprechen dieser Fragen ist notwendig, um die Richtung unserer weiteren Arbeit herauszufinden und Schwerpunkte zu setzen, die zur Überwindung der momentan allgemein festgestellten Krise der Linken beitragen können.

IV

Um von diesem kurzen Hinweis auf allgemeine Schwächen linksradikaler Politik wieder zum Thema zurückzukommen, zu der Auseinandersetzung um Antisemitismus und Antizionismus: Wie im Allgemeinen, so gilt auch hier, daß es notwendig ist, die Selbstkritik offen und schonungslos zu betreiben. Nur so können wir uns die Souveränität erwerben, den Angriffen aus dem Lager der etablierten Linken zu begegnen, nur so gewinnen wir Glaubwürdigkeit für all diejenigen, die noch keinen gefestigten Standpunkt haben, die aus dem Wissen um die Verkommenheit des Systems nach Ansätzen suchen und aus dem Bedürfnis nach verantwortlichem Umgang mit der Geschichte der Naziverbrechen für die Manöver der etablierten Linken offen sind.

Was wir oben im Allgemeinen für das Verhältnis von Imperialismus und Nazifaschismus festgestellt haben, gilt auch im Besonderen für unseren Umgang mit dem Zionismus. Der Zionismus ist eine besondere Form des Imperialismus, er bringt die imperialistischen Grundstrukturen des Rassismus, der kolonialen Ausbeutung, der militärischen Expansion und Unterdrückung in spezifischer Weise zum Ausdruck; durch seine vorgeschobene Position innerhalb des imperialistischen Systems in einer gesteigerten Form. Der Nazifaschismus war ebenfalls eine bestimmte Ausdrucksform der imperialisitschen Grundstrukturen, aber unter völlig andern historischen Bedingungen, in einer nicht vergleichbaren internationalen Umgebung, aus einer ganz andern Position innerhalb des imperialistischen Systems. Und vor allem ist die spezifisch nazifaschistische Erscheinungsform von Rassismus, kolonialer Ausbeutung und militärischer Expansion eine andere als die zionistische. Gemeinsam sind beiden die imperialistischen Grundstrukturen und ihr im Verhältnis zu den jeweiligen imperialistischen Kernländern gesteigerter offener Ausdruck. Aber die konkrete Art und Weise dieses Ausdrucks ist unterschiedlich. Mit dem Entstehen der Nationalstaaten in Europa, der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entwickelte sich der"moderne", rassistische Antisemitismus. Hatte die bürgerliche Revolution, die Aufklärung dazu beigetragen, daß der religiös begründete Antijudaismus an Bedeutung verlor und ermöglichte der bürgerliche Emanzipationsbegriff zunächst die Assimilierung von Jüdinnen und Juden, so erforderten die bald spürbar werdenden Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft neue Feindbilder. Dieses strukturelle Element der bürgerlichen Gesellschaft fand in Deutschland schließlich seinen ins Extrem gesteigerten Ausdruck im Nazifaschismus und in der Shoa.
Der Zionismus entstand als Reaktion auf den von den kapitalistischen Nationalstaaten hervorgebrachten Antisemitismus - aber als Reaktion, die in denselben bürgerlich-nationalistischen Strukturen befangen blieb.
Wenn wir diesen Zusammenhang richtig darstellen wollen, müssen wir diese gemeinsamen bürgerlich kapitalistischen Wurzeln herausheben, die die Strukturen des Imperialismus darstellen, wir dürfen nicht diese beiden unterschiedlichen Erscheinungsformen gleichsetzen.
Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Nazifaschismus und der Durchsetzung des bis Anfang der 30er Jahre weltweit minderheitlichen und einflußlosen Zionismus. Der liegt aber darin, daß die unvorstellbare Dimension der faschistischen Verbrechen vielen Jüdinnen und Juden den Zionismus als einzige Gegenkraft, als einzigen Ausweg erscheinen ließ.
Die Tendenz zur Faschisierung wohnt allen imperialistischen Staaten inne, eine besondere Gemeinsamkeit zwischen Zionismus und Nazifaschismus im Unterschied zu den andern imperialistischen Staaten kann und darf daraus nicht behauptet werden. Denn eine solche Behauptung verschleiert nicht nur das Wesen des Imperialismus, sie leistet nicht nur der Gleichsetzung von Stalinismus und Faschismus Vorschub, sondern stellt darüber hinaus auch tatsächlich das Einfallstor für die Indifferenz gegenüber antisemitischen Demagogien her.

Deshalb halten wir die Forderung, daß keine Analogisierung von Nazifaschismus und Zionismus gemacht werden darf, für berechtigt und politisch dringend notwendig. Dies ist allerdings die einzige der in der freiburger Auseinandersetzung erhobenen Forderungen, die wir für richtig

einer sogenannten Zwei-Staaten-Lösung auf ihre Konsequenzen, ihre Möglichkeiten, ihren Sinn kritisch hinterfragen müssen. Aber ebensowenig wie es uns ansteht, von hier aus irgendein staatliches Existenzrecht festschreiben zu wollen, steht es uns an, von hier aus konkrete Lösungsvorstellungen zu propagieren, die über die Bestimmungen der Befreiungsbewegungen selbst, bzw. ihrer fortschrittlichsten Kräfte hinaus gehen. Das gilt ganz grundsätzlich für unser Verhältnis allen Befreiungsbewegungen gegenüber, also auch dem palästinensischen Befreiungskampf. Ingrid Strobl schreibt dazu:

> Die reale Situation im sogenannten Nahen Osten ist kompliziert und widersprüchlich. Israel ist sowohl ein Ort der Zuflucht für historisch und aktuell verfolgte Juden, als auch, in den Worten des israelischen Psychoanalytikers Aron Ronald Bodenheimer, ein Aussenposten des Nordens mitten im Süden. Die Opfer sind heute auch Täter. Ein Volk, das Verfolgung und Unterdrückung 2000 Jahre lang erlitten hat, das in Europa fast zur Gänze ausgelöscht wurde, und das noch immer überall und jederzeit aufs neue von Diskriminierung und Verfolgung betroffen oder bedroht ist, hat logischerweise das Bedürfnis nach Sicherheit, und es hat das Recht darauf. Daß dieser legitime Anspruch scheinbar nur auf Kosten der Palästinenser zu befriedigen sein soll und daß er von den Imperialisten des Nordens und den nationalen Kräften des Landes gegen die arabische Bevölkerung - als Untermenschen - mißbraucht wird, ist eine Tragödie, die nur die von ihr betroffenen jüdischen und arabischen Menschen - gegen die Interessen und das Machtkalkül des Imperialismus - beenden können. (aus: Neue "Untermenschen", konkret 4/91)

V

Eine größere Sensibilität im Umgang mit der hier beschrieben Widersprüchlichkeit scheint allgemein notwendig. Auch auf der Seite der KritikerInnen der antizionistischen Palästina-Solidarität. Denn es zeugt von fortgeschrittener Einäugigkeit, wenn die VerteidigerInnen des staatlichen Existenzrechts für Israel ihre Position begründen, Nicht-Anerkennung bedeute letztendlich erneute Vertreibung für die israelischen Jüdinnen und Juden - um dieser Behauptung das Argument anzuschließen, daß die Indifferenz gegen konkretes Leiden für Antisemitismus charakteristisch ist. Warum der grundsätzlich unterdrückerische und expansionistische Chrakter des israelischen Staates niemals eine friedliche und gesicherte Existenz für Jüdinnen und Juden sein kann, sondern nur ein Leben in permanentem Kriegszustand, darauf wollen wir hier gar nicht weiter eingehen. Dagegen ist die letztere Feststellung. daß Indifferenz gegen konkretes Leiden *) ist für Antisemitismus, für sich genommen richtig. Allerdings nicht der damit suggerierte Umkehrschluß. Indifferenz gegen konkretes Leiden ist nichts spezifisch antisemitisches, sondern ist charakteristisch für alle Formen von Rassismus, Sexismus, von patriarchalem Denken, von hermetischem Denken, kurz: von Herrschaftsdenken in all seinen Erscheinungen.

Sensibilität für konkretes menschliches Leiden ist der zentrale Maßstab für Linke Politik, für uns alle. Sie ist der Kernpunkt an dem wir unsere Praxis ständig messen müssen.
Statt der Anerkennung eines Existenzrechtes von Staaten geht es darum, Verhältnisse zu erkämpfen, die Existenzrecht und Würde aller Menschen gewährleisten. Diese Forderung hat nichts mit bürgerlichem Pazifismus zu tun, sie bedeutet nicht, daß im revolutionären Kampf keine Gewalt angewendet werden dürfe. Sie verpflichtet vielmehr, alle unterdrückerischen Gewaltverhältnisse zu kritisieren. Vor diesem Hintergrund unserer Überlegungen wollen wir auch zu den anderen Forderungen kurz Stellung nehmen.

*) Einfügung: charakteristisch

So wird auch gefordert, daß Israel bei der Kritik der Verhältnisse im Nahen Osten nicht mehr hervorgehoben werden dürfe. Diese Forderung halten wir für falsch, denn Israel ist der imperialistische Vorposten in der Region, in der Konfrontation mit Israel überschneiden sich alle anderen Probleme. Das heisst selbstverständlich nicht, daß Israel die Ursache aller Widersprüche dort sei, aber die zentrale Stellung Israels muß entsprechend den Tatsachen auch benannt werden. Allerdings immer derart, daß der Zionismus als eine bestimmte Erscheinungsform imperialistischer Herrschaft dargestellt wird, deren zentrale Ursache das imperialistische Weltwirtschaftssystem ist.
Entgegen der Forderung, der Begriff des Antizionismus dürfe nicht mehr verwendet werden, halten wir es für notwendig, ihn beizubehalten. Dies aber mit der unbedingten Verpflichtung, nach all den verheerenden Ungenauigkeiten und Fehlern sehr vorsichtig damit umzugehen. Antizionismus darf nicht mit Antifaschismus verwechselt werden, sondern er bezieht sich auf die spezifische Herrschaftsstruktur des israelischen Staates. Ebenso wie der Anti-Apartheid-Kampf den besonderen Kampf gegen die Herrschaftsbedingungen des imperialistischen Südafrika bezeichnet, hat auch der Begriff des Antizionismus eine politische Berechtigung. Aber sie ist verbunden mit der Verpflichtung für uns, die inhaltlichen Bestimmungen des Antizionismus so klar und eindeutig herauszuarbeiten, daß jede Verwechslung mit Antisemitismus und dem als "antizionistisch" verkleideten neofaschistischen Antisemitismus ausgeschlossen ist. Daß es hierbei noch dringend zu überwindende Mängel gibt, hat sich leider gezeigt.

Die Erkenntnis, daß die Auseinandersetzung mit dem Patriarchat, mit sexistischen Strukturen zur unabdingbaren Voraussetzung linker Politik gehört, hat sich in den letzten Jahren allgemein durchgesetzt, zumindest wird ihr nicht mehr offen widersprochen. Daß sich diese Erkenntnis zumeist nur in parolenhaft angehängten Lippenbekenntnissen niederschlägt, während die wirklich vertiefte Auseinandersetzung weiterhin fehlt, ist immer noch berechtigter Bestandteil feministischer Kritik. Ebenso verhält es sich unserer Meinung nach mit der Auseinandersetzung über Antisemitismus - der im übrigen eng verwoben ist mit anderen patriarchalen Strukturen.

Schliesslich wird die Anerkennung eines Existenzrechts für den Staat Israel gefordert. Das kann unserer Meinung nach nicht zu den Grundlagen linker Politik gehören. Der Staat Israel beruht auf rassistischer Unterdrückung und Vertreibung, auf kolonialer Besiedlung und militärischer Expansion, er ist von diesen Strukturen nicht zu trennen. Das sind letztlich Ausdrücke des bürgerlich-kapitalistischen Charakters, die dieser Staat mit allen imperialistischen Staaten gemein hat, ein Recht dazu kann von uns nirgendwo auf der Welt anerkannt werden. Wir haben im Gegenteil die Pflicht, alle Unterdrückerischen Verhältnisse zu kritisieren. Das bedeutet, die, die uns unmittelbar selbst betreffen, direkt zu bekämpfen, und es bedeutet, konkret und praktisch solidarisch zu sein mit allen fortschrittlichen Kräften, die Unterdrückung bekämpfen, der sie selbst ausgesetzt sind. Diese grundlegende Solidarität muß aber zusammengehen mit einer Zurückhaltung, was Lösungsvorschläge und die Bestimmung von Zielen betrifft. Die Bestimmung von Etappen und Zielen ist immer die Aufgabe der unmittelbar betroffenen und selbst kämpfenden Menschen. Wir müssen die Schritte und Ziele der Kämpfe hier bestimmen, und wir müssen selbstverständlich auch kritisch Stellung nehmen zur Politik der Befreiungsbewegungen. Bezogen auf Palästina bedeutet dies, daß wir beispielsweise die Vorstellung

verhältnisse praktisch abzuschaffen. Das bedeutet, und das ist nicht zuletzt eine wesentliche Lehre aus der Niederlage des Realsozialismus, daß wir unsere Praxis ständig selbstkritisch an dieser Forderung zu messen und in jedem konkreten Schritt zu rechtfertigen haben. Die Einschränkung von Freiheit, die Anwendung von Gewalt darf niemals pauschal durch den Hinweis auf den Feind gerechtfertigt werden. Hier lag eine der inneren Ursachen für die Verhärtung und Verselbständigung der Herrschaftsstrukturen im Realsozialismus, die schließlich zu dem Zusammenbruch geführt haben. Hier liegt unserer Überzeugung nach der Schlüßel, um die moralische Überlegenheit zurückzuerobern.
Allerdings ist das Verhältnis zu konkretem menschlichem Leiden der verbindliche Maßstab für alle, also auch diejenigen, die ein Existenzrecht Israels verteidigen. Ihre Glaubwürdigkeit bemißt sich an ihrem Umgang mit dem konkreten Leiden der PalästinenserInnen. Dies muß in aller Deutlichkeit betont werden.
Es ist notwendig, alle Positionen an dieser Frage zu überprüfen, denn die in den letzten Monaten plötzlich so breit und vehement eingeforderte Solidarität mit Israel hatte durchaus unterschiedliche Motive. Eines, das sicherlich eine wichtige Rolle spielt, hat Ingrid Strobl in dem erwähnten Konkret-Artikel so beschrieben:

> Normalerweise eignet sich die Solidarität mit aus rassistischen Gründen real oder potentiell Verfolgten gar nicht, um sich in die Gemeinschaft der Profiteure zu integrieren. Doch jetzt sind "die Juden" der nicht länger heimatlos sein wollenden deutschen Intelligenz gerade dafür gut. Die, die als Untermenschen von den eigenen Vätern ermordet wurden, werden als zur Zeit gerade höherwertig gegen die aktuellen Untermenschen, die Araber, ausgespielt. ...
>
> Die Toten in Israel werden nicht dehalb offiziell betrauert, weil sie Juden oder möglicherweise auch noch Überlebende der Shoa sind, sondern weil sie Angehörige eines Staates sind, den man als Vorposten des Imperialismus in der Region benötigt (und nur als das), und weil man mit ihnen die beste Propaganda zur Rechtfertigung des Krieges betreiben kann. Die deutsche Intelligenzia, die sich von dieser Rechnung überzeugen läßt, wird weniger von ihrem Antifaschismus und ihren Schuldgefühlen als Kinder der Endlöser motiviert als von den enormen Vorteilen, die sie daraus für ihre eigenen Manöver zieht. Ihre vollständige Ignoranz gegenüber den im wahren Sinne des Wortes ungezählten Bombenopfern in Bagdad entlarvt ihre Tränen um die Opfer der Scud-Raketen als Krokodilstränen.

Mit den sich daraus ergebenden Fragen im Hinterkopf müssen wir auch die Broschüre der freiburger RDL-KritikerInnen betrachten. Dort wird zwar als Ausgangspunkt formuliert:

> Wenn wir im folgenden über Antisemitismus in der Linken sprechen, meinen wir damit zunächst den Antisemitismus in der Gesellschaft überhaupt, von der die Linke nur ein Teil ist. Nicht "die Linke" an sich ist antisemitisch, sondern sie ist es soweit, wie in der Gesammtgesellschaft antisemitischer Diskurs gepflegt wird. (Seite 11)

Und:

> Die gesellschaftlichen Ursachen, die die Ursache dieser industriellen Vernichtung, den Antisemitismus, hervorbrachten, existieren aber weiterhin. So auch der Antisemitismus.(Seite 12)

Eine vertiefte Auseinandersetzung, die auf diesen so gestellten Fragen aufbaut, würden wir für gut und richtig halten, sie sollte durchaus scharf und kontrovers geführt werden. Das allerdings würde bedeuten, sich mit der Frage nach den Ursachen auch tatsächlich auseinanderzusetzen. Die Benennung und Analyse der fortbestehenden gesellschaftlichen Grundlagen des Antisemitismus und seiner Strukturen muß zum Ausgangspunkt für jede Kritik und Auseinandersetzung werden, denn nur von da aus, von den Ursachen her lassen sich die festgestellten Mängel und die behaupteten antisemitischen Stereotype überwinden.
Anstatt sich aber darum zu bemühen, beschränken sich die RDL-KritikerInnen auf die fingerzeigenden Beschreibungen im einzelnen teilweise berechtigter Kritikpunkte. Am Ende ihrer Bemühungen steht schliesslich die Denunziation der gesamten radikalen Linken als antisemitisch. Die Absicht scheint also eher in der Überwindung der Linken zu liegen als darin, durch Kritik am Aufbau einer Kraft zu arbeiten, die stärker und wirksamer die Überwindung der gesellschaftlichen Ursachen des Antisemitismus (und aller unterdrückerischen Verhältnisse) vorantreiben kann.
Wir sind allerdings der Meinung, daß nur dieses Ziel berechtigt, Vorwürfe zu erheben. Aber die RDL-KritikerInnen bringen sogar das Kunstück fertig, die Forderung einer am Ziel orientierten Kritik zu einem weiteren "antisemitischen Stereotyp" zu stempeln. Feinsinnig wird unterschieden, den von ihnen als "linke Antisemiten" Angegriffenen gehe es

> weder um "kleinbürgerliche" noch um "proletarische" noch um den Begriff der "Kritik" überhaupt, sondern um den Gegensatz zwischen einer "kleinbürgerlichen" und also destruktiven zu einer "gerechtfertigten" und konstruktiven. Es ist dieser Dualismus zwischen zwecklos und nützlich, zwischen dem eitel Niederreissen und dem organisch Aufbauenden - und damit die fixe Idee, in der moderner Antisemitismus sich ausspricht -, die den Agitator leidenschaftlich interessiert. (Seite 20)

Entsprechend steht am Ende einer komplizierten Beweisführung der Schluß, daß es sich bei dem freiburger Vorfall gar nicht um einen überwindbaren Fehler von Linken handele, sondern

> daß Spehls integraler Judenhaß allerdings zur Kenntnis genommen und goutiert wurde, daß man es jetzt aber bereut, erwischt worden zu sein (...). (Seite 22)

Na gut, wer mit soviel Mühe zu diesem Schluß gekommen ist, sucht wohl selbst die Abgrenzung, um sich ohne schlechtes Gewissen offen von der Linken distanzieren zu können. Daß zu diesem Zweck ausgerechnet das Problem des Antisemitismus funktionalisiert wird, wollen wir nicht weiterkommentieren, das müssen die Betreffenden vor sich selbst und der Geschichte verantworten.

Wir allerdings sagen, daß es uns im Unterschied dazu nicht um linke Grabenkriege geht, sondern um die Orientierung am Ziel, dann verpflichtet uns das auch, uns unabhängig von den Motiven der KritikerInnen mit Kritik auseinanderzusetzen. Am Ziel orientiert heißt, zwischen dem konkreten Inhalt von Kritik und den Motiven, aus denen sie geübt wird, zu unterscheiden. Der Rückzug hinter die Denunziation des antikommunistischen Motivs wäre nur die spiegelbildliche Gegenreaktion. Welche der aufgeworfenen Fragen wir für inhaltlich berechtigt und diskussionsbedürftig halten, haben wir anzureissen versucht.

VI

Leider ist es häufig anzutreffen, daß Kritik an Ansätzen und Formen linker Politik im einzelnen berechtigt und analytisch durchaus tiefgehend ist, dabei aber völlig das Ziel aus den Augen verliert. Ein Mechanismus, den wir gerade aus dem Knast heraus sehr genau kennen und der irgendwann tödlich ist: Wenn mensch anfängt, sich nur noch mit sich selbst zu beschäftigen, wenn die Fragen nur von den Zellenwänden zurückgeworfen werden und schliesslich alles ins Bodenlose kreist.

Darauf zielt der Knast, die Abschottung von der Aussenwelt, die Isolierung von menschlichen Kontakten, von politischer Diskussion. Hier drin lernt mensch sehr bald: Die schlimmsten Gefängnisse sind die, die wir uns selber bauen.
Das selbstzerstörerische Kreisen um immer dieselben Punkte, das die Kritik letztlich bei Rechthaberei stehen läßt, können wir nur überwinden durch die Orientierung am Ziel, dadurch, daß wir nach dem Feststellen der Mängel diese Probleme akzeptieren und uns ihnen stellen, um an ihrer Überwindung zu arbeiten. Sich diesen Schritt zu erkämpfen ist das erste Loch zur Freiheit, das mensch sich schlagen kann. Selbstgebaute Mauern sind aber auch die Abgrenzungen, die aufgebaut werden, wenn wir alles, was nicht unser Ziel verfolgt, was nicht von vornherein mit uns identisch ist, völlig abwehren. Zum Abwehren mauern wir uns dann selbst immer weiter ein, versetzen uns in Unbeweglichkeit, schaffen uns die Isolation, das Zurückgeworfen-Sein auf uns selbst, bis der Druck irgendwann so groß wird, daß wir ihm nicht mehr standhalten können. Dem, was kommt, offen begegnen zu können, Kritik auf ihre Berechtigung hin überprüfen zu können, die richtigen Elemente überall herausfinden und annehmen zu können; alles wahrzunehmen, auch das was zunächst nicht ins vertraute Weltbild der uns umgebenden Wände passt, das sind die weiteren Löcher zur Freiheit - deren existentielle Bedeutung einer/m im äußerlichen, aus handgreiflichen Mauern und Gittern gebauten Knast sehr bald klar wird.
Auf diesem Weg müssen wir uns die Freiheit erobern, von drinnen wie von draußen. Sonst gehts uns in kapitalistischer Nacht bei reaktionärem Wind wie damals dem Alten mit seinem Kind.

* * * * *

Butzbach/Schwalmstadt, Juli 1991

Bernhard Rosenkötter
Ali Jansen
Michael Dietiker

Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand

- allerletzte Seite -

ANHANG

Zur Prävention von neuerlicher Kritik wegen eines angeblich rätselhaften Titels, und weil es, wie aus gewöhnlich gutunterrichteten Kreisen verlautet, immer noch einzelne Genossinnen und Genossen geben soll, die Goethe nicht kennen, abschliessend ein Griff ins Schatzkästchen der bürgerlich-humanistischen Bildung:

Erlkönig

Wer reitet so spät durch Nacht und Wind?
Es ist der Vater mit seinem Kind;
Er hat den Knaben wohl in dem Arm,
Er fasst ihn sicher, er hält ihn warm.

Mein Sohn, was birgst du so bang dein Gesicht? -
Siehst, Vater, du den Erlkönig nicht?
Den Erlkönig mit Kron' und Schweif? -
Mein Sohn, es ist ein Nebelstreif. -

"Du liebes Kind, komm, geh mit mir!
"Gar schöne Spiele spiel' ich mit dir;
"Manch bunte Blumen sind an dem Strand;
"Meine Mutter hat manch gülden Gewand."

Mein Vater, mein Vater, und hörest du nicht,
Was Erlkönig mir leise verspricht? -
Sei ruhig, bleibe ruhig, mein Kind;
In dürren Blättern säuselt der Wind. -

"Willst, feiner Knabe, du mit mir gehn?
"Meine Töchter sollen dich warten schön;
"Meine Töchter führen den nächtlichen Reihn,
"Und wiegen und tanzen und singen dich ein."

Mein Vater, mein Vater, und siehst du nicht dort
Erlkönigs Töchter am düstern Ort? -
Mein Sohn, mein Sohn, ich seh' es genau;
Es scheinen die alten Weiden so grau. -

"Ich liebe dich, mich reizt deine schöne Gestalt;
"Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt."
Mein Vater, Mein Vater, jetzt faßt er mich an!
Erlkönig hat mir ein Leid getan! -

Dem Vater grauset's, er reitet geschwind,
Er hält in Armen das ächzende Kind,
Erreicht den Hof mit Mühe und Not;
In seinen Armen das Kind war tot.

* * *

Heute, am 22.08.'91, wurden von uns die edlen Scheiben (Meistermann - fenster) am Rathaus eingechlagen und Buttersäure hinterher gekippt, da die Stadt für die zerstörerische Städtebaupolitik, Sozialpolitik und für die rassistische Ausländerpolitik verantwortlich ist!

Sie machen eine Politik, die den einzigen Zweck hat, den Reichen - Bonzen und Yuppies - ihre feiste Existenz zu verschönern und zu sichern und ihnen die Stadt zu Füßen zu legen. Die, die keinen Profit versprechen, die nicht teuer einkaufen gehen, usw., werden an den Rand gedrängt.

Die zynischen Schlagwörter von der "weißen 2/3 Gesellschaft" und vom "qualitativen Bevölkerungsaustausch", sind knallharte Realität - die Stadt steckt hunderte von Millionen in den Aufbau von High-Tech - und Luxusprojekten, sowie in Schicki-Micki-Sanierung,
wie z.B. : die Ringe, die sich größtenteils in ein Yuppi - Einkaufsparadies verwandelt haben,
oder die Europahalle in Deutz,
oder die Media-Park Anlage...

Verbunden damit ist die Luxussanierung ganzer Kölner Viertel (Eigelstein, Ehrenfeld, Mühlheim...), wo die Strukturen im Viertel zerstört und die Menschen vertrieben werden, die Mieten werden unbezahlbar und die Wohnungsnot steigt.
Ihre Luxusprojekte finanzieren sie mit dem Geld, daß sie an allen Ecken und Enden den arbeitenden und ärmeren Menschen abknöpfen.
Die große Koalition von CDU und SPD im Kölner Rat plant so, in trauter Einigkeit, den drastischen Sozialabbau.
u.a. ist folgendes geplant:
- Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie z.B. aller Schwimm - bäder, die dann total teuer werden, usw.
- Entlassung von 900 Putzfrauen, - im Jugendzentren, - im Frauenamt,...
- Gelderstreichungen in der Kinderbetreuung, in der Unterbringung von Wohnungslosen, im Wohnungsbau, bei der Beseitigung von Giftmüll, bei den Schülerfahrkarten, bei der Sozialhilfe, beim Kölnpass,...

Zusätzlich hat die Stadt am 01.07.'91 das ZAS (Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber) eröffnet. So können die rassistischen Stadtbonzen möglichst viel Geld sparen, weil sie als Gegenleistung für das ZAS, die Quote der Aufnahme von Asylanten extrem gesenkt haben.
ZAS - das ist die neue deutsche Selektionsrampe, schnell und effizient. Hier wird in 3 Tagen entschieden, wer vorerst noch bleiben darf und wer in sein Herkunftsland zurückdeportiert wird: in Elend und Tod.

Damit reiht sich die Stadt in die rassistische Politik ein, die über das neue Auländergesetz noch einmal verschärft wurde - laut Statistik von ai (amnesty international), steht die Abschiebung von mindestens 300.000 Flüchtlingen bevor.
Die weiße Metropole soll abgeschottet werden, von genau dem Elend, der Armut, dem Hunger und der Krankheit, die in über 500 Jahren Kolnialismus von diesem, von hier beherrschten, Weltwirtschaftssystem angerichtet wird.

In Großdeutschland verschärft sich der rassistische und faschistische Terror, allein in Berlin wurden dies Jahr schon 8 Schwarze ermordet.
Geschürt wird das rassistische Klima von der staatlichen Politik und der Medienhetze gegen die Flüchtlinge.
So soll der Haß, der Frust und die Aggression auf die Menschen gelenkt werden, die in der herrschenden Herrenmenschen - Hackordnung ganz unten stehen.
Um zu verhindern, daß sich die Unterdrückten gemeinsam wehren; gegen die verantwortlichen, gegen die Oben - gegen Staat und Kapital.

Wir wollen uns nicht gegeneinander aufhetzen lassen, sondern :
wir wollen zusammenleben und uns gemeinsam wehren!

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN, SONDERN ZWISCHEN OBEN UND UNTEN!

GEGEN SANIERUNG, SOZIALABBAU UND RASSISMUS KÄMPFEN!

BLEIBERECHT FÜR DIE ROMA!

FIGHT THE POWER!

Zeugen gesucht!

wg. 20.4.91-Demo,

Verhaftung in der Sorauer Str.

Am 20.4.91 wurde ein junger Mann um ca. 20 Uhr am Rande der Demo in der Sorauer Str. verhaftet.

Der Typ, 25 Jahre alt, war 1,88m groß, schlank, hatte kürzere braune Haare und war schwarz gekleidet.

Während der Typ in den Hausflur gezerrt worden war, blieb die Demo für ca. 10min. dort stehen.

Bitte meldet Euch bei :

RA Kremer, Kloedenstr. 1, 1/61, Tel. 692 3548 o. 692 4548.

Viva St. Pauli

Liebe Leute,

wir wollen am 7.September im Millerntorstadion ein Konzert machen,ein Fest mit vielen KünstlerInnen, bekannt und unbekannt.
Wir wollen damit klarmachen, daß die Hafenstr. genauso ein Teil von St.Pauli ist wie der FC, das Volkshaus, die Kneipen, die Jungen und die Alten, die vielen Menschen einfach, die hier wohnen und die ebensowenig vertrieben werden wollen wie wir.
Das Fest soll für ganz viele sein, auch für unsere Kinder.
Es haben schon ziemlich viele zugesagt zu kommen, und ziemlich viele kriegen jetzt Lust drauf.



Natürlich wollen wir das Fest so leise wie möglich machen, damit es für alle so gut und angenehm wie möglich wird, und vor allem auch, weil wir nicht wollen, daß ihr - unsre Nachbarn sozusagen - euch gestört fühlt. Und trotzdem soll noch rüberkommen : hey, wir wollen leben, unsere eigenen Sachen machen, und daß wir auch alles machen was wir sagen, denn soviel reden wir nicht, jedenfalls nicht in aller Öffentlichkeit.

Weil fast alles, was für Geld nicht zu kriegen ist, Spaß macht, machen wir fast alles selbst. Deswegen wird das Ganze nicht kommerziell organisiert, sondern nach unsern Bedürfnissen und Möglichkeiten, und unserm Willen, uns hier selbst zu organisieren.

Die Kneipen hier im Viertel sorgen für das leibliche Wohl, andere Leute und Gruppen für Musik, Kabarett, Spiele auch für Erwachsene, es gibt eine Ausstellung zum Viertel von St.Pauli Museum/St.Pauli Archiv, und grade zu aktuellen Aktivitäten, das Nachbarschaftstreffen St.Pauli-Süd ... und und? Jede Eigeninitiative bringt was zusammen, Ideen und Tatkraft werden noch für Vieles gebraucht, vor allem auch über das Fest raus.

Leider kostet das Ganze immer noch 15 Mark Eintritt, denn gibt es dabei Dinge, die wir bezahlen müssen, Bühne, PA, Licht, Rasen abdecken, denn das Stadion ist der Fußballplatz von unserem FC und keine Spielwiese, was nur deutlich macht, daß wir im Viertel tatsächlich auch eine große Spielwiese brauchen, für viele, nicht zubetoniert wie das Heiligengeistfeld, oder Planten un Blohmen könnte für mehr Sachen genutzt werden ...

Wenn Geld über ist soll das in einen Stadtteilfond kommen für Initiativen und Projekte. Das wird noch ein Problem, weil der Staat auch Geld will, 14% Umsatzsteuer mindestens, und das wird alles ganz schön viel, weil ganz viel an Energie und Kraft in Sachen und Taten umgesetzt wird, dabei wird dann auch viel Geld umgeschichtet und umgesetzt und das würden wir natürlich lieber für die Kinder haben, den Projekten geben, die vom Staat gerade kein Geld kriegen, als dem Staat, der uns bisher nur Steine in den Weg legt...wenn die wenigstens was für die Menschen machen würden für das Geld.

Und wir wollen, daß mehr Menschen kommen als die, die hier leben, weil wir wollen, daß alle hier als die Menschen gesehen werden, die hier leben. Es reicht nicht, daß nur wir wissen, warum wir hier bleiben wollen.



Es gibt hier alle möglichen Widersprüche in den Bedürfnissen aber auch jede Menge Erfahrung von gegenseitiger Hilfe untereinander.
Das brauchen wir, wie den Gemüsegarten in der Talstr., Wohlwillstr.,...wie die leerstehenden Häuser, für Kinderhäuser (eine Initiative für den Pinnasberg), Kindertagesheim (z.B. beim Bolzplatz Lerchenstr./Bernstorffstr.), für Gruppen zum Leben und zum Arbeiten, für viele Menschen, die keine Wohnung haben. Und die eigene Vorstellungen vom Leben haben, wie die Kinder ihren "Baui" wollen oder Ältere davon träumen, nicht ins Altersheim zu müssen ...Das von oben produzierte Elend muß ein Ende haben. Wir wollen auch unsere Häuser renovieren und nicht unter dem ständigen Druck leben, geräumt zu werden.
Da wird der Flora-Park zerstört, aber der Laue-Komplex steht z.T. leer und keine/r darf mehr einziehen. Was die wollen, sind keine sozialen Wohnungen, das könnten sie stundenlang haben, ohne irgendjemand oder irgendwas zerstören zu müssen.
Ist vielleicht in der Feldstr. jemand gefragt worden, ob da ein Hotel hinsoll? Wie lief das bei der Mehrzweckhalle?

Wir wollen selbst bestimmen, wie wir hier leben können, wie unsere Umgegend sich entwickelt, mit den anderen Menschen zusammen, nicht gegen sie.

Deshalb : VIVA ST. PAULI

Wer zum Fest was mitmachen will und vielleicht drüber raus :
montags ist Treffen dazu in der Volksküche, St.Pauli Hafenstr.116 um 19.00 Uhr, oder Kontakt über Cafe Tante Hermine , oder Tel.3191350 oder Fan-Laden FC St.Pauli,Beim Grünen Jäger,Tel. 4396961.
Da gibt's auch Plakate zum Verkleben in der Stadt.

VIVA ST.PAULI - Initiative

"Schwerer Landfriedensbruch"-Prozeß wegen der Hafenstraßendemo am 09.02. 1991.

Prozeßtermin

Montag 09.09.91
13.oo Uhr
Amtsgericht Hamburg

PROZESSFRÜHSTÜCK

Montag 09.09.91
ab 10.00 Uhr
in der
Roten Flora

"Wir machen eine Umfrage..."

Geheimdienst-Ativitäten in Bielefeld

Wie frisch einem Soziologie-Seminar entsprungen, mit **einem Klemmbrett in der einen Hand**, Kugelschreiber in **der anderen**, steht sie plötzlich da: "Hallo, ich bin **Susanne aus Köln**, vom Verfassungsschutz. Wir machen **eine Umfrage** zum Thema 'Autonome'. Du kannst mir **sicher was** dazu sagen..." Dies scheint derzeit die **Lieblingsvariante** der GeheimdienstlerInnen bei VS-Aktionen in Bielefeld zu sein. Egal, ob vor der Haustür, auf dem Heimweg, vor dem Schwimmbad, oder gar nach **erfolgreichen Eindringen** in die Wohnung direkt am **Küchentisch: immer** wieder wird die Umfrage-Story aufgetischt. Sieben Fälle derartiger oder ähnlicher Aktionen der Staatsschützer sind allein in den Monaten März bis August in Bielefeld bekannt geworden. Wie hoch die **Dunkelziffer** liegt, darüber läßt sich nur spekulieren. Was zunächst als Umfrage-Aktion relativ harmlos erscheint, **entpuppt sich** bei der Betrachtung der Begleitumstände **als heftige Staatssicherheits-Attacke**. So wurden die **betreffenden Personen** zum Teil tagelang vorher beobachtet und verfolgt, erst danach gezielt angesprochen.

In manchen Fällen zeigte sich, daß vorher eingehend Kenntnisse über die angesprochenen Per onen gesammelt worden waren. Die freundlich daherkommende 'Kölner Umfrage-Susanne' wird bei ihren Kontaktaufnahmen von einem ganzen Aufgebot Sicherheitsbeamter beobachtet und geschützt, die sich in der Umgebung aufhalten und, wenn es darauf ankommt, zuschlagen können.

"Verpißt Euch!" ist in derartigen Situationen die einzig **denkbare Reaktion** für alle, die sich nicht zum Werkzeug **der Staatssicherheit machen wollen**. Außerdem ist klug, sich Personen, **Fahrzeuge**, Autokennzeichen zu merken und danach **umgehend** ein Gedächtnisprotokoll anzufertigen. Der nächste Schritt ist dann, den Vorfall möglichst im FreundInnen-Kreis und bei politischen Initiativen und **Zusammenhängen** bekannt zu machen.

Im Dunkeln wie die ganzen Geheimdienst-Aktivitäten liegen auch die Absichten der Staatsschutzorgane. Informationsbeschaffung dürfte eine untergeordnete Rolle spielen, **denn** die Spitzel müßten schon lotteriemäßiges Glück haben, Personen zu erwischen, die zum **einen bereit sind, auszupacken**, zum anderen aber auch **wirklich was auszupacken haben**. Ein mögliches Ziel **könnte Verunsicherung sein**. Natürlich ist der Schrecken zunächst groß: "Sie kennen mich, sie wollen was von mir..." Dagegen hilft nur, das Erlebte anderen zu erzählen, Leute zu **informieren**, die mit den Informationen etwas **anfangen können**. Aber auch innerhalb politischer **Zusammenhänge wird** die Angst vor Spitzeln größer. Auch das ist sicherlich eine Absicht der Schützer der herrschenden Verhältnisse: Mißtrauen dort zu säen, wo Vertrauen wichtig ist. Hier hilft nur, daß alle sich der Gefahr bewußt sind, andererseits aber nicht zulassen, aus Angst vor Spitzeln handlungsunfähig zu werden.

Jenseits jeglicher Spekulation über die Zielsetzungen aber ist sicher, daß die sich eindeutig verstärkende Geheimdiensttätigkeit, nicht nur in Bielefeld, von den veränderten Methoden der Herrschenden zeugt, politisch mißliebige Entwicklungen anzugreifen. Auch wenn derzeitig die Aktivitäten der Staatssicherheit hauptsächlich auf die Autonomen beschränkt zu sein scheinen, könnte schon bald jegliche Opposition, ob nicht-autonome AntifaschistInnen, feministische Zusammenhange, andere mehr oder minder radikale linke Projekte, aber auch Umweltschutzorganisationen wie Robin Wood zum Ziel staatlicher Repression werden.

Alkoholfreies StraßenFest

am 14. September von 14⁰⁰ bis 22⁰⁰ Uhr

auf der Adalbertstraße von Berlin-Mitte bis Kreuzberg 36

Unsere Idee ist es möglichst viele Gruppen, Initiativen und Menschen verschiedener Herkunft auf die Straße zu bringen und eine Möglichkeit zu schaffen, sich kennenzulernen, auszutauschen, sich zu vernetzen und Spaß miteinander zu haben. Seit dem Fall der Mauer ist der Umstrukturierungsprozeß in der gesamten Stadt rasant geworden. Die Mieten explodieren, MieterInnen und Kleingewerbe werden dadurch aus Ihren alten Stadtteilen verdrängt. Wohnraum ist zur Mangelware geworden. Bestehende Strukturen lösen sich auf (z.B. Nachbarschafts-, Kinder-, Beratungsläden). Dazu kommt die Streichung sozialer Einrichtungen (Krankenhäuser etc). Leute mit weniger Geld werden bald gezwungen sein, außerhalb der Innenstadt in Wohnghettos wie Marzahn und Hohenschönhausen ein Dach über dem Kopf zu finden.

Die Menschen werden immer unzufriedener, weil sie nur noch verwahrt werden und Lebensqualität nicht mehr zählt. Gewalt, Selbstmorde und sexistische Anmache nehmen zu. Überfälle auf Wohnheime von AusländerInnen und brutales Zusammenschlagen von Menschen anderer Hautfarbe auf der Straße passieren fast jeden Tag. Dies ist nur die Spitze des Eisberges. Schikanen auf den AusländerInnenämter und Spezialbullen gegen "ausländische Jugendbanden" sind sichtbare Ausdrücke von Rassismus, der vom Staat benutzt und gefördert wird. Die Pläne der Herrschenden für Europa 92 sind, die Grenzen gegen die von Hunger und Kriegen Flüchtenden dicht zu machen. Diese Kriege und der künstlich geschaffene Hunger werden von den multinationalen Konzernen gesteuert.

Überall auf der Welt gibt es Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung – z.B. in Kurdistan, in El Salvador, in Palästina und auch in Westeuropa.
Ein Schwerpunkt dieses Festes soll sein, diese Kämpfe zu dokumentieren und die vielfältigen Möglichkeiten von Widerstand darzustellen. Auch über die Gefangenen aus diesen Kämpfen wird ausführlich berichtet. Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD und Leute vom Kurdistan-Komitee Köln werden über die aktuelle Situation informieren.

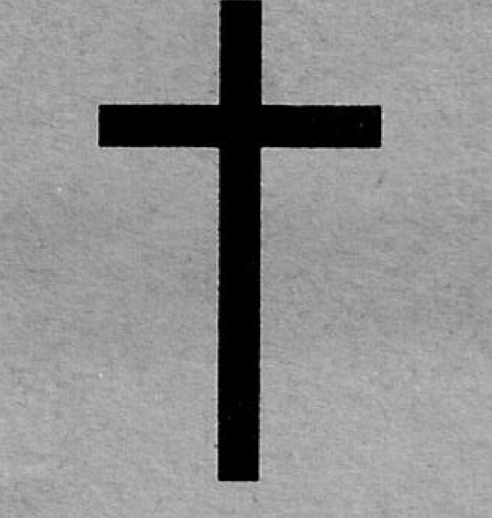
Es wird zwei Bühnen geben mit mehreren Bands, Theater, Folklore und Beiträge. Auf einer Video-Großbildleinwand und von einem Kino-LKW werden Filme zu verschiedenen Themen gezeigt. Fahrradralley, antikapitalistisches Roulette, diverse Wurfspiele, Schokokuss-Maschine, Ponyreiten, Torwand und vieles mehr zum Spielen für Groß und Klein.
Für leckeres Essen und Trinken aus vielen Ländern ist gesorgt!

Kommerz, Plastikmüll und Blechdosen, deutsche Parteien und Sekten wird es auf dem Fest nicht geben.

Wir lassen uns nicht vertreiben.
Weder aus dem Land, noch aus den Stadtteilen und von den Straßen.

Solidarität mit allen politischen Gefangenen weltweit.

Grenzen auf für Alle.



Marie-Christine Reichsgräfin Wolff Metternich zur Gracht, Altgräfin zu Salm-Reifferscheidt-Krautheim und Dyck, gibt im eigenen sowie im Namen ihrer Schwestern, ihres Gemahls, ihrer Schwäger, ihrer Kinder und Enkel, Neffen und Nichten, Großneffen und Großnichten und aller übrigen Anverwandten tiefbetrübt Nachricht, daß ihre geliebte Mutter

Ihre Durchlaucht

Cecilie
Fürstin und Altgräfin
zu Salm-Reifferscheidt-Krautheim und Dyck
Prinzessin zu Salm und Salm-Salm,
Wild- und Rheingräfin

Collardame des Ritterordens vom Hl. Grab zu Jerusalem

Sternkreuzordensdame

Ehrendame des Souveränen Malteser Ritterordens

Ehrenbürgerin von Alfter

nach langem, schwerem Leiden, versehen mit den Tröstungen der hl. Kirche, im 81. Lebensjahr auf Schloß Dyck sanft entschlafen ist.

Am Samstag, dem 16. März 1991, werden in der St.-Quirinus-Münster-Kirche zu Neuss um 13.00 Uhr die hl. Exequien gefeiert.

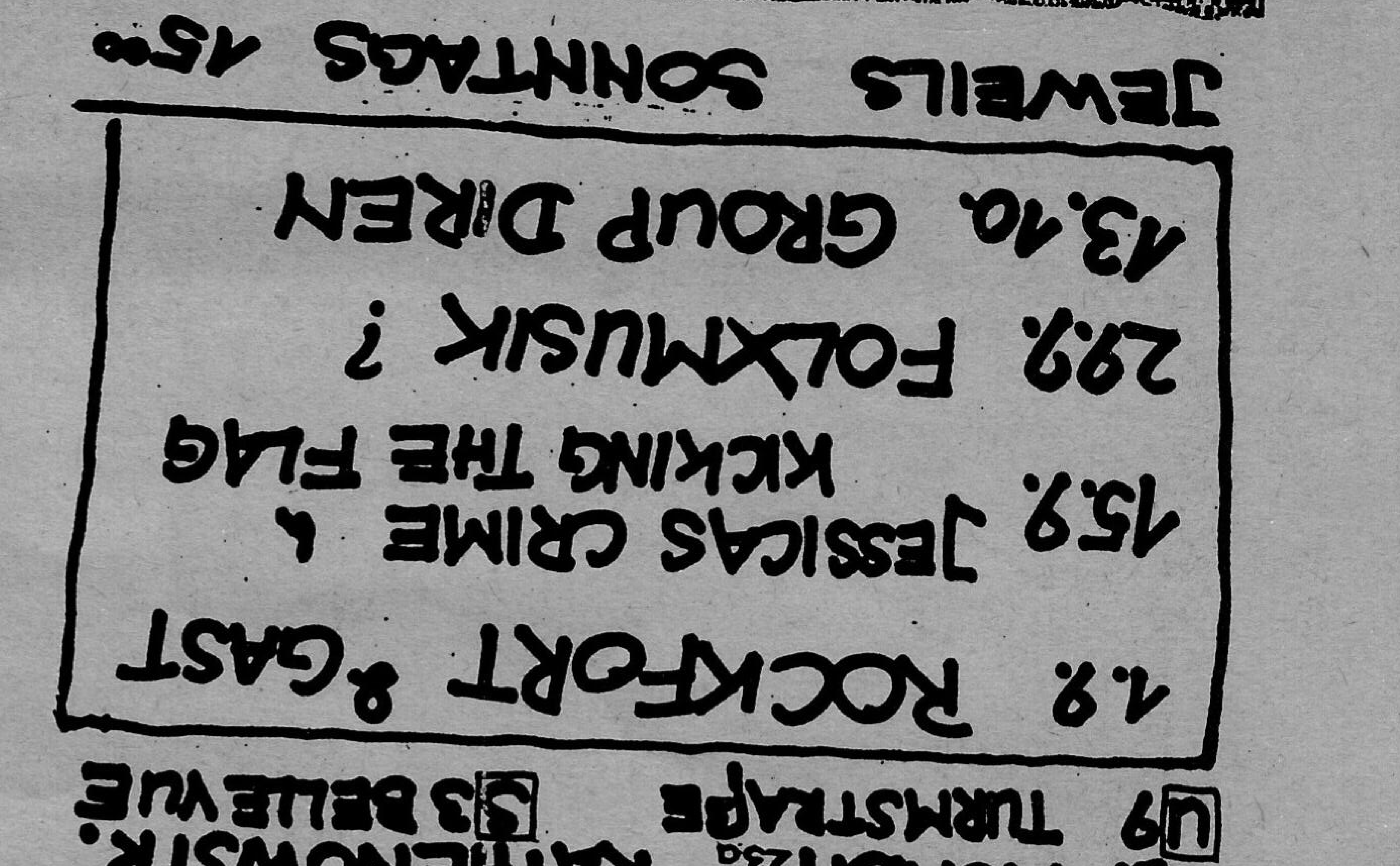
Die Beisetzung findet im Familienkreis statt.

D-4053 Schloß Dyck, am 11. März 1991

Statt evtl. zugedachter Kränze und Blumen wird im Sinne der Verstorbenen um eine Spende gebeten für die zur Zeit notleidenden Christen im Hl. Land, Kto. Nr. 40014417 des Ritterordens vom Hl. Grab bei der Berliner Handels und Frankfurter Bank (BLZ 300 205 00) - Heilig Land Hilfe

Termine:

Mi. 11.9. 20 Uhr im EX Infoveranstaltung zum Besuch des IOC-Exekutivkomitee vom 16.-20.9. in Berlin
Sa 14.9. 14 Uhr Adalbertstraßenfest



Es gibt viele Gründe,

diese Mieterhöhung (möglichst) nicht zu zahlen.

Du hast sicher Deinen ganz persönlichen...

Leider unterstützen nur wenige MieterInnenberaterinnen und -berater aktiv die Verweigerung auch nur eines Teils der neuen Mieterhöhungen. Wir wollen deshalb **unabhängig von den MieterInnenvereinen** mehrere **Treffpunkte** einrichten, wo wir miteinander über die Miete reden, erste Erfahrungen auswerten und weitergeben werden:

VERSAMMLUNG gegen Mieterhöhung

* **Wie gehen wir mit den Dingern um?**
* **Was können, wollen wir unseren NachbarInnen vermitteln?**
* **Ist bei Dir im Haus, in der Straße Platz für einen TREFFPUNKT GEGEN MIETE??**

Dienstag, 3. September, 20 Uhr
im Acud, Veteranenstraße 21
(Rosenthaler Platz)

